

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfg.

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Zeilenzeile ober dem Namen 10 Reichspennig Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Reichspennig — für komplizierten Satz Zuschlag. — Reklamapreis: Die 10 gespaltene Zeilenzeile ober dem Namen im Satz 20 Reichspennig

Organ der SPD., Bezirk Schlesien
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement bei monatlich einmaliger Zahlung (Posten für das Jahr monatlich 2,20 Reichsmark monatlich 20 Reichspennig. Einzelnummern: durch Geschäftsstellen und Post 10 Reichspennig. — Redaktion und Expedition: Kraszewski Straße 60, Postfach 2000, Breslau 64. Geschäftsbesorgung: Breslau 10, Ring 10.

7. Jahrgang.

Donnerstag, 18. Juni 1925

Nummer 134

Der Schrei nach Amnestie darf nicht verstummen!

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 18. Juni.

Über den Inhalt der Amnestievorlage die jetzt fertiggestellt ist und dem Reichskabinett zur Beratung vorliegt, wird mitgeteilt:

Die Amnestie betrifft die Fälle des Hochverrats, der Geheimbündelei, ferner des Verstoßes gegen die §§ 7 und 8 des Republikstrafgesetzes sowie Verstoß gegen § 5 der Verordnung vom 26. Juli 1922. Unter die Amnestie fallen alle Geldstrafen, sowie Haft-, Festungs- und Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr. Zuchthausstrafen sind von der Amnestie ausgeschlossen. Die Amnestie bezieht sich als Reichsamnestie nur auf Strafen, die von Gerichten des Reichs (Reichsgericht und Staatsgerichtshof) ausgesprochen worden sind. Verfahren wegen der oben bezeichneten Verbrechen, die noch anhängig sind, werden eingestellt, wenn die Tat vor dem 1. Oktober 1923 begangen worden ist. Dies würde insbesondere die noch nicht abgeurteilten Täter des Kappzuges betreffen. Neben die Reichsamnestie rückt eine Amnestie der Länder. Da die Länder gemeinsam vorgehen wollen, sind Beratungen im Reichsrat über die einheitliche Handhabung der Amnestie in den Ländern vorgesehen.

Das Bekanntwerden dieser Vorlage muß bei der gesamten deutschen Arbeiterschaft härtesten Protest hervorrufen.

Zunächst läßt sie den reaktionären Länderregierungen freie Hand, für die Opfer ihrer Justiz die Amnestie zu sabotieren. Sodann werden amnestiert nur diejenigen, deren Tat vor dem 1. Oktober 1923 liegt. Das sind vor allem die Kartverbrecher und reaktionären Putschisten, während nach diesem Datum insbesondere Arbeiter, Inflationsopter, angeklagt wurden.

Wir glauben, wir können uns jede Kennzeichnung dieses famelen „Amnestie“-Entwurfes sparen. Er zeigt recht deutlich, daß die deutschnationale Lutherregierung keine Generalamnestie will, daß der Amnestierummel nichts anderes bezweckt, als den rechten und rechtsradikalen Verbrechern Gelegenheit zu neuen Taten zu geben.

Selbstverständlich darf sich die deutsche Arbeiterschaft damit nicht zufrieden geben. Der Kampf um die Amnestie muß weitergehen! Es war der sozialdemokratische Abgeordnete Rosenfeld, der im Reichstag erklärte: „Wir fordern weiter eine umfassende Amnestie für politische Verbrechen. Gerade jetzt, wo eine Amnestie in der Schwere ist, halten wir es für notwendig, unseren ganzen Einfluß aufzubieten, um alle politischen Gefangenen, die nie anders als ehrenhaft gehandelt haben, aus Festungen, Zuchthäusern und Gefängnissen zu befreien.“ Diesen Worten hat die sozialdemokratische Partei bis heute noch keine Taten folgen lassen. Sollen diese Worte aber mehr als ein Wirtensbenatnis sein, so muß die SPD. den Kampf für die Amnestie mit der gesamten deutschen Arbeiterschaft auf der breitesten Grundlage aufnehmen.

Bisher hat die SPD. geschwiegen, geschwiegen leibst dort wo sie auf Grund von Kongreßbeschlüssen verpflichtet war zu handeln. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer im NSD. haben bis heute den Amnestiebeschlüssen des 11. Gewerkschaftskongresses in Leipzig sabotiert. Drei Jahre sind vergangen und die SPD. hat nichts getan!

Eine Frau... Mütter und Frauen der zu den höchsten Kettenschraffen gehörten Arbeiter, die teilweise seit über sechs Jahren den Müttern des Strafpolizugs ausgeharrt sind, riefen u. a. an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Anforderung, mit allen Mitteln für eine vollständige Amnestie einzutreten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dazu geschwiegen und die SPD.-Presse fand als Antwort auf die schriftliche Aufforderung der Frauen nur Spott und Schyn.

Überall bei jeder Gelegenheit müssen deshalb unsere Genossen die sozialdemokratischen Arbeiter vor die Entscheidung stellen, den Reichsrat für die Amnestie folgen zu lassen.

Keine Gewerkschaftsversammlung darf vorübergehen, die sich nicht für die Forderung der Amnestie einsetzt!

Jede Betriebsversammlung muß das Verlangen nach einer Amnestie an die Spitze ihrer Forderungen stellen!

In den Konsumvereinsversammlungen in den Versammlungen der Arbeiterpartei- und Arbeitervereine, ferner in allen Arbeiterorganisationsversammlungen muß der Ruf nach der Generalamnestie zur wichtigsten proletarischen Kampfparole werden!

In den Gemeindeparlamenten sind Anträge für die Freilassung der proletarischen Gefangenen zu stellen, die an die Regierungen weiter zu leiten sind!

Aber nicht nur das, die sozialdemokratischen, parteilosen und formallosen Arbeiter müssen aus den Betrieben, Gewerkschaften und aus den Gemeindeparlamenten Delegationen an die Länder- und Reichsregierungen schicken, um die Forderung nach Freilassung der Gefangenen!

Nur durch die Massenmobilisierung der Arbeiterschaft kann der heißigste Amnestiekampf bestritten werden. Deshalb laßt nicht locker im Kampfe um die Generalamnestie!

Bildet die rote Klassenfront!

Sündenbuh und keine Luther-Regierung häufen jeden Tag neue Lasten auf die Schultern der Arbeiterklasse. Zu den Hungerlöhnen, zu dem Zehntelwage, gesellen sich die Wucherzölle und die Steuerlasten. Der millionenfache Schrei nach Amnestie der proletarischen Gefangenen soll durch eine elende Komödie erstickt werden. Gleichzeitig verhandelt die deutsche Regierung mit der Entente über einen sogenannten Garantiepakt, durch den Deutschland zum Aufmarschgebiet der Völkerbundstricke wird, durch den Deutschland in den eisernen Ring gegen den Bolschewismus hineingezogen werden soll. Die Monarchisten benutzen die Zeit der allgemeinen Verwirrung, um Schritt für Schritt ihre Pläne zu fördern.

Der Parteivorstand der SPD. und der Bundesvorstand des NSD. helfen der Bourgeoisie, das Proletariat zu verwirren und zu betrügen, indem sie die antibolschewistischen Kriegsvorbereitungen der Regierung unterstützen und gleichzeitig die Fortschritte der anglo-russischen Gewerkschaftsbewegung verhindern den Augen der deutschen Arbeiterklasse zu verbergen. Die deutsche Arbeiterklasse steht noch untätig den Ereignissen gegenüber, die sie für lange Jahre zu einem Los elender wirtschaftlicher und politischer Unfreiheit verdammen, wenn sie sich nicht endlich in einheitlicher roter Klassenfront sammelt und gegen ihre gemeinsamen Bedrücker gemeinsam losmarschiert.

Am 2. August jährt sich zum 11. Male das Datum des furchtbaren Weltkrieges. Überall drohen neue Kriege.

Überall flammen die Wetterleuchten des kommenden Gewitters

am Horizont auf. In China, in Marokko, in Bulgarien entfesseln sich die Kämpfe und zeigen der Arbeiterklasse der ganzen Welt, daß nur im Bunde mit Sowjetrußland, nur im wirklichen Kampf gegen seine Unterdrücker das Weltproletariat den Weg zum Sozialismus finden wird. Die kommunistische Partei Deutschlands, die auf alle diese Gefahren die Arbeiterschaft ständig und unermüdet hingewiesen hat, die alles getan hat, um die breiten Massen für die kommenden Kämpfe zu mobilisieren, wendet sich jetzt, in dieser Stunde, in der der Abbruch des Garantiepakts die Slavenrolle der deutschen Bourgeoisie der Entente gegenüber besiegelt, an die deutsche Arbeiterklasse und fordert sie auf:

Am 2. August, am ersten Jahrestage des Weltkrieges, demonstriert einheitlich und geschlossen unter dem roten Banner gegen die internationale Kapitaloffensive, gegen die monarchistische Schwerindustrielle Diktatur, gegen die furchtbare Ausplünderung und Auszehrung der breiten Massen des wertvollen Volkes.

Die kommunistische Partei erklärt sich bereit, an diesem Tage mit allen Organisationen, in denen Arbeiter beisammen sind,

einheitlich zu marschieren, um der Bourgeoisie die rote Klassenfront der Arbeiter gegenüberzustellen. An den Arbeitern liegt es, ihre Organisationen zu zwingen, an dieser Demonstration gegen den neuen drohenden Weltkrieg teilzunehmen. Der 2. August muß der Aufmarschtag von Millionen und Abermillionen klassenbewußter Proletarier im Zeichen der Roten Front des Klassenkampfes, im Zeichen der Aufrüstung der Klassenfront sein.

Bildet Aktionskomitees zur Vorbereitung dieser Demonstration! Werbt in den Betrieben und Gewerkschaften für diese Kundgebung! Sammelt Euch unter den Losungen:

- Für den Achtstundentag!
 - Gegen den Lohnaabbau!
 - Gegen Steuerraub und Wucherzölle!
 - Gegen die Monarchisten und die monarchistische Lutherregierung!
 - Für die volle ungehinderte Amnestie aller proletarischen Gefangenen!
 - Für die internationale gewerkschaftliche Einheit!
 - Gegen den neuen Krieg, gegen den Völkerbund und den Garantiepakt!
 - Gegen die Diktatur der Großkapitalisten und Junker.
 - Für die Arbeiter- und Bauernregierung!
 - Für das Bündnis mit Sowjetrußland!
- Berlin, den 12. Juni 1925

Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der kommunistischen Internationale)

Die Ausperrung in der Holzindustrie

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 18. Juni.

Die Ausperrung in der Holzindustrie nimmt immer größeren Umfang an. Bis jetzt sind die Betriebe Müllgeleg in Schleien, Württemberg, Baden, Bayern, Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Kassel. In einigen Tagen werden auch die Betriebe in Bremen, Oldenburg, Hessen, Nassau, Ostfriesland und im linksrheinischen Gebiet Müllgeleg.

Straßenbahnstreik in Frankfurt a. M.

(Eigener Drahtbericht)

Frankfurt a. M., 18. Juni.

Die Straßenbahnen haben über den neuen Manteltarif abgestimmt. Von 2061 Beschäftigten beteiligten sich 1933 an der Abstimmung. Für Ablehnung und damit für den Streik stimmten 1863.

Streik der städtischen Arbeiter in Kassel

(Eigener Drahtbericht)

Kassel, 18. Juni.

Die städtischen Arbeiter sind gestern wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten. Die Notstandsarbeiten in den lebenswichtigen Betrieben werden vorläufig weitergeführt. Doch sind die Arbeiter gewillt, auch diese, wenn es notwendig sein sollte, um ihre Forderungen durchzusetzen, einzustellen.

Ausperrung bei der Schuhfabrik Max Perl

Breslau, 18. Juni.

Nachdem gestern früh eine Anzahl Sacharbeiter der Schuhfabrik Max Perl, Breslau, infolge Lohnunterschieden in den Streik traten, hat die Firma heute früh den Betrieb geschlossen. Die ganze Belegschaft ist ausgesperrt. Es kommen etwa 200 Arbeiter und Arbeiterinnen in Frage.

Vom Tage

Das Lutherkabinett hielt gestern eine Ministerversammlung über die französische Antwortnote auf den deutschen Sicherheitsvorbehalt ab. Die französische Regierung wird der Antwortnote noch ein Gelbfuch beifügen, das die aktuellen europäischen Fragen behandelt.

Der zweite Rathenau-Mordprozess, das Verfahren gegen den Oberleutnant zur See a. D., den jetzigen Studenten Günther Brandt, und den Fabrikanten Küchenmeister aus Freiburg i. Sa., beginnt heute vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik. Die Anklage lautet auf Beihilfe zum Mord.

Gestern begann die deutsch-französische Marokkotoxikation.

Im bayerischen Landtag wurde ein Gesetz über Aufhebung der Abgeordnetenschaft, das sich deutlich gegen die Kommunisten richtet, angenommen.

Galobpmethoden im Reichstag

Von Walter Siederer

Die letzte Sitzung des Reichstages des Reichstags brachte eine interessante Neuerung im parlamentarischen Leben. Der Reichstagspräsident Lohde teilte mit, daß ihm wenige Minuten vorher vom Reichskanzler Luther ein Arbeitsplan für die Erledigung der Staatsverträge und der vorliegenden Gesetzentwürfe vorgelegt worden sei. Der die bevorstehenden Beratungen im einzelnen festlegte und vorlegte, daß der gesamte Arbeitsstoff bis zum 18. Juli erledigt werde. Bisher beschloß der Reichstag selbst über seine Arbeit. Jetzt kommt die Regierung Luther und schlägt, ohne selbst auch nur Fühlung mit dem Reichstagspräsidenten zu nehmen, einen festen Arbeitsplan vor. Zwei Tage später geht die Meldung durch die Presse, daß Luther mit den Regierungsparteien im Reichstag eine besondere Beratung über die parlamentarische Erledigung der Staatsverträge gehabt habe, wiederum ohne Hinzuziehung des Reichstagspräsidenten. Wenn das Luther-Kabinett zu derartigen Maßnahmen greift, hat es natürlich seine Gründe. Die Regierung will noch vor den Sommerferien die allerwichtigsten und entscheidendsten arbeiterfeindlichen Gesetze durchdrücken und legt deshalb dem Reichstag eine Art Zwangs-jade an.

Sehen wir uns das Arbeitsprogramm der Regierung im einzelnen an. In dieser Woche soll der gesamte Innenetat und das Gesetz über das Notverordnungsrecht der Regierung, ferner der Gesetzentwurf über die Unfallversicherung erledigt werden. In der nächsten Woche ist für Montag und Dienstag die erste Lesung der Zollvorlage für Mittwoch und Donnerstag eine außenpolitische Aussprache über die Entwaffnungsnote und Garantiehaft, für den Freitag und Sonnabend die zweite und dritte Beratung des Aufwertungsgesetzes vorgesehen. In der ersten Juliwache soll die Beratung der Handelsverträge mit England, Amerika, Griechenland und der Gesetzentwurf über die Wochenbeihilfe beraten werden. Ganze sechs Tage, und zwar die zweite Juliwache (vom 8 bis 11. Juli) hat die Regierung vorgesehen für die zweite und dritte Beratung der gesamten Steuervorlagen und die dritte Beratung des Staats! Und in der letzten Woche, vom 13. bis 18. Juli, soll dann das Reichsversicherungs-gesetz, die Angestelltenversicherung und die zweite und dritte Beratung der Zollvorlage vorgenommen werden. Die Beratung des Unfallversicherungsgesetzes, für das der Sozialpolitische Ausschuss fast zwanzig Sitzungen brauchte, soll im Memento an einem einzigen Tage „erledigt“ werden!

Jeder Kenner des parlamentarischen Lebens weiß, daß ein solcher Arbeitsplan selbst bei völliger Einmütigkeit aller Parteien kaum zu erledigen wäre. Man denke daran, daß es sich um nicht weniger als elf Steuergesetze handelt, und daß die Zollvorlage etwa 900 Bestimmungen enthält. Da aber sowohl die gegen die Arbeiterklasse gerichteten Steuervorlagen und auch die Zollvorlagen große Kampfschritte sind, ist es völlig ausgeschlossen, daß diese entscheidenden Gesetzentwürfe bis zum 18. Juli erledigt werden. Der Reichstag bemüht sich zwar nur zu wenig, der Regierung Widerstand zu leisten. Man kann gläubigen Galobpmethoden werden die wichtigsten Fragen „beraten“ und „erledigt“. Die Redezeit wird immer weiter eingeschränkt. Durch die Zeit zu sehr wichtigen Hausarbeiten wie denen des Heeres und der Marine auf Beschlag des Reichstages. Die Arbeit wird dreierlei Stunden in der Generaldebatte und zwanzig Minuten zu den einzelnen Politiken gesprochen werden. Nur um weiter zu kommen, beginnt man mit der Beratung des Innenetats im Memento. Dieser Etat im Haushaltsaus-schuss noch nicht zum vierten Teil erledigt war. Die Bearbeitung des Plans wird sich natürlich in den Ausschüssen aus. Im Haushaltsausschuss des Reichstages, im Haushaltsausschuss, wurde deshalb der Innenetat, der wichtigste Etat des Reiches, in geradem unverantwortlicher Weise durchgeführt. In der Reichstags-Sitzung werden nach jeder Sitzung des Etats anstehen, dürfte nur wenige Minuten gesprochen werden. Schon nur fünf Minuten über die gesamte Frage der Gesundheitspolitik des Reiches! Es wird die „Parlamentarische“ immer mehr zu einer Farce in einer Komödie. Denn von einer sachlichen Beratung kann bei diesen Schnellverfahren wahrhaftig keine Rede sein. Der sozialdemokratische Vorsitzende des Haushaltsausschusses, der Abgeordnete Heymann, wie auch der sozialdemokratische Reichstagspräsidenten führen den Durchdrückungsbeschreibungen nur zu wenig Helferdienste.

Was kann es nur recht sein, wenn sich der Charakter des Reichstages immer mehr als Kasse der Diktatur der Schwereabsichtlichen immer mehr als williges Werkzeug der monarchistischen Regierung erweist? Die kommunalistische Reichstagsopposition aber wird diesen Plan den schärfsten Widerstand entgegenstellen. Die Regierung will mit ihrem Plan nicht nur vor dem Sommer ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen durchsetzen und innerpolitische Schwierigkeiten überwinden, sondern auch möglichst eingehende und ausführliche Beratungen über ihre Gesetzentwürfe verhindern. Wir haben nicht nur kein Interesse an einer schnellen Erledigung des Staatsetats und des Haushalts, sondern im Gegenteil alles daran, die neue Arbeitsfront gegen die Arbeiterklasse zu verhindern. Die kommunalistische Reichstagsopposition wird deshalb alles aufbieten und alle Mittel der Opposition anwenden, um die Staatsverträge der Unterregierung zu verhindern.

Mit parlamentarischen Maßnahmen allein aber ist wenig getan. Es wird allerhöchste Zeit, daß die arbeiterfeindlichen Massen in den Reichstagen und Generaldebatte in Landtagungen und Demonstrationen bei parlamentarischer Beratung die Mittel zu einer kräftigen und wirksamen Arbeit gegen die arbeiterfeindlichen Steuervorlagen und die Politik der Regierung anwenden. Es muß gelingen, durch den heftigen parlamentarischen Widerstand die Regierungsvorlagen zu Fall zu bringen.

Aus den Reichstagsausschüssen

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 18. Juni.

Im Reichstagspräsidenten Ausschuss

Der Reichstag fand der Gesetzentwurf der Regierung über die Erledigung der Deutschen Reichs-Verträge zum Protokoll.

Die Ausschüsse der Finanzkommission haben auch den letzten Schlichter geklärt, der den letzten Teil und auch der neuen Agenden noch notwendig beschließen. Die alle ohne Ausnahme, waren sich darüber einig, daß die Reichsfinanzkommission nicht dazu dienen würde, a) die bestehenden kurzfristigen Anleihen (auch Wechselnoten der großen Banken und Staatspapiere), die vom Reichstagen der Staatsbank auf nach 100 Millionen Mark angegeben wurden, von denen in drei Jahren jährlich 20 Millionen Mark zurückgezahlt werden müssen, abzuschaffen und in langfristige Anleihen umzuwandeln, b) um in Anleihen vor allem in den vorliegenden Staaten Anleihen zu tätigen, die hierzu notwendigen Geldsummen bis zur Höhe von 200 Millionen Mark für das erste Jahre aufzubringen.

Der Reichstagspräsident

Der Reichstag beschloß in der heutigen Sitzung bei der Sitzungnahme an dem kommunalistischen Gesetzentwurf zum Gesetz für Wetter und Wind, die Regierung aufzufordern, 1. eine Denkschrift über den Umfang des Mittelstandes und der Kleinrenten und privaten Vermögens unter Berücksichtigung der kommunalistischen Forderungen herauszugeben, 2. eine Gesetzentwurf vorzulegen, der den Schutz für Wetter und Wind

unter Berücksichtigung der in § 1 des kommunalistischen Gesetzentwurfes enthaltenen Punkte auf eine geordnete Rechtsgrundlage stellt. Dazu gehören Schwangerschaftsberatungsstellen, Schwangeren-Entbindungshäuser, Helme für Mutter und Kind, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Im Reichsausschuss

Der Reichstag wurde heute die Beratung zweier Gesetzentwürfe begonnen, die nicht weniger bedeuten, als unter dem harmlosen Schlagwort einer „Vereinfachung“ des Militärstrafrechts und des militärgerichtlichen Verfahrens den alten wilhelminischen Militarismus auf dem Gebiete der Militärstrafrechtspflege wieder heraufzuleben.

Die Einheitsfront gegen die Kleinen Sparrer

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 18. Juni.

Die Einheitsfront gegen die aus wahlmännischen Gründen in der Regierung den Deutschnationalen den Rang ablaufen lassen, die in den Eingaben-Ausschuss des Preussischen Landtags, wie sie praktisch den Kampf für eine „gerechte“ Aufwertung zu führen gedenken. Wie allgemein bekannt, wird jetzt im Reichstag ein heftiger Kampf um die Aufwertung geführt. Die Kleinen Sparrer, Kleinrentner, Mieterorganisationen usw. haben zahlreiche Petitionen im Preussischen Landtag eingebracht. Mit Recht fordern sie, daß der größte Bundesstaat sie in ihrem Kampf gegen die Kriegsschieber- und Inflationsgewinnler unterstütze. Als die Eingaben dieser Vereinigungen, die sich hauptsächlich gegen die Durchführung der III. Steuernotverordnung wenden und eine gerechte Aufwertung fordern, von Genossen Grube im Ausschuss begründet wurden, nahmen alle Parteien gegen ihn Stellung. Mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Kommunisten wurde die Beratung abgelehnt. Trotz mehrmaliger Begründung unseres Genossen, die Kleinen Sparrer nun hier aus in ihrem Kampf mit zu unterstützen, wurde dies lächerlich abgelehnt. Höhnisch rief man dem Genossen Grube zu, er solle den Vereinigungen mitteilen, sie mögen sich an den Reichstag wenden. Den Preussischen Landtag ginge der Kampf um die Aufwertung und gegen die die Durchführung der III. Steuernotverordnung gänzlich an.

Die Kleinen Sparrer werden hoffentlich bei den nächsten Wahlen zum Preussischen Landtag und zu den Provinziallandtagen diesen Parteien auch erklären, daß sie die Stimmen der um ihr Hab und Gut gebrachten Kleinen Leute nichts angehen.

Berühmte Kritik eines Arztes an den preussischen Gefängnislazaretten

Der Hohe Ausschuss des Landtages vernahm am Freitag als Sachverständigen Professor Dr. Kraus, Chefarzt der zweiten medizinischen Klinik der Charité. Seine Ausführungen waren eine schwere Anklage gegen das heutige System der Gefängnis-Lazarette. Eine Kranenanzahl, in der auf 85 Kranen nur ein Wärter käme, in der die Güte unter so schlechter Verwaltung ständen, in der die ganze Therapie aus Morphiuminjektionen bestünde, in der Tuberkulosen wöchentlich jeden Abend Morphiuminjektionen gegeben würden, in dem die Wassermantische Probe von einem Mediziner vorgenommen würde, müsse er als lächerlich bezeichnen.

Man müsse das System anklagen und abschaffen

und nicht einen einzelnen Arzt zum Sündenbock machen. Der Richter trage im Falle Hoelle die Verantwortung, denn er habe die Macht über die Gefangenen. Die Rechtspflege müsse ganz anders sein, als sie sich im Falle Hoelle gezeigt habe. Der Kranke Kraus müsse als kranker Mensch behandelt werden, selbst wenn er ein Raubmörder wäre. Ein deutschnationaler Abgeordneter verurteilte eine Ehrenrettung des Systems. Darauf antwortete Professor Kraus:

„Das Gefängnis-Lazarett ist schlecht, aus laienhaften Gründen schlecht. Das System, an dem Dr. Hoelle unter dem Augen der Welt gestorben ist, existiert noch ungeändert in Lazaretten von Krankenhäusern.“

Die nächste Sitzung des Ausschusses ist Dienstag, 7 Uhr. Es wurde von ihm die Ladung weiterer Zeugen beschlossen, so eines gewissen Casar Blech, der gesehen haben will, daß mit Hoelle, als er im Sterben lag, mehrere Gefängnisärzte herbei umgelaufen sind, daß es empörend für ihn war, u. a. habe man gefragt: „Hoelle, willst Du noch am Samstag?“ Auf eine empörende Bemerkung des Zeugen soll ihm erwidert worden sein: „Der Hoelle ist seit acht Tagen todt.“

Wachsender kommunistischer Einfluß im französischen Meer

(Eigener Drahtbericht)

Paris, 18. Juni.

Der Einfluß der Kommunisten im französischen Meer ist durch den marokkanischen Krieg erheblich gestiegen. In fast allen Kolonialländern, zum Teil auch in den französischen Kolonialländern, sind kommunistische Zellen, die unter der Führung kommunistischer Propaganda treiben. Die Kolonialländer erheben der Arbeiterbewegung und der Regierung als sehr gefährlich. Sogar in den höher entwickelten Ländern sind kommunistische Zellen gegen den Staat. Auch in den französischen Kolonialländern des letzten Gebietes sind kommunistische Zellen. Die marokkanische Gruppe in Algier und Marokko hat sich nach Marokko zu lösen. In einem Flugblatt der kommunistischen Partei in Marokko ist es zu lesen: „Die Stunde ist gekommen, das Meer der kommunistischen Arbeit zu eröffnen. In die Reihen im Indochina“

Auch in Marokko

(Eigener Drahtbericht)

Paris, 18. Juni.

Abdelkrim sagte in einer Unterredung mit einem Reporter von der „Johann D'Alger“, daß die kommunistische Gruppe in Algier in das Algerien übergegangen. Er habe dabei, daß dieser Kontakt mit der Gruppe der Rif-Republik ebnen werde.

Painleves Marokkobericht

(Eigener Drahtbericht)

Paris, 18. Juni.

Im Kabinettsrat berichtete Painleve über seine Informationsreise zum marokkanischen Kriegsschauplatz. In dem Erweise des Ministerpräsidenten wurde besonders auf den schlechten Gesundheitszustand der Truppen und die Schwierigkeiten der Versorgung hingewiesen. Auch die Einrichtung der Lazarette läßt viel zu wünschen übrig. Der Ministerpräsident teilte mit, daß die Organisation in vier Kampfgruppen nicht zu dem erwünschten Erfolg geführt habe. Es fehlt an einer einheitlichen Führung. Ueber die Gründe der Enthebung des Generals Colombat berichtete Painleve, daß Colombat für den Rückschlag vom 29. Mai demontiert gemacht wird. Infolge der verpateten Zurückziehung einiger vorgeschobener Posten erlitt die Kampfgruppe Colombat erhebliche Verluste. Erhöhenwert ist, daß im heutigen Ministerrat ein Projekt zur Herstellung neuer Marinegeschiffe und Abwehrlandungen für Fliegerangriffe auf hoher See angenommen wurde.

Nach in der französischen Kammer

(Eigener Drahtbericht)

Paris, 18. Juni.

Die Interpellation Sorbais über Marokko, die den Nachwehrs erbringen sollte, daß auch die sozialistischen Führer von den Kriegsvorbereitungen gegen Marokko Kenntnis hatten, wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Der größte Teil der Sozialisten enthielt sich der Stimme. Die Stellung des Kabinetts Painleve scheint nun wirklich erschüttert, weil nicht nur die sozialistische, sondern auch die bürgerliche Linkspresse sich gegen Cailleur Finanzprogramm wendet.

Die vier Kammerkommissionen traten in der Kammer zusammen, um den Bericht Painleves über seine Marokkreise zu hören. Zu Beginn der Sitzung nahm der Ministerpräsident den Anwesenden das Versprechen ab, über seine Mitteilungen strenges Stillschweigen zu bewahren. Die sechs anwesenden Kommunisten lehnten jedoch die Aufforderung ent-schieden ab. Darauf beschloßen die Präsidenten der Kommissionen, die Sitzung in einem Privatzimmer der Kammer abzuhalten. Es entstand ein großer Tumult. Die Kommunisten wurden mit Polizeigewalt aus dem Hause geschleppt.

Generalkrieg in ganz China

London, 18. Juni.

Am 25. Juni wird in ganz China ein halbtägiger Generalkrieg durchgeführt werden. Ferner wurde beschlossen, in ganz n Lande von allen Angestellten eine Steuer in Höhe von 10 Prozent ihres Lohnes zu erheben, um damit die Streikenden zu unterstützen. Die englische und japanische Presse erlöst alarmierende Berichte. In Kaifeng haben alle Europäer ihre Wohnstätten fluchtartig verlassen. Einzelne ausländische Firmen haben bereits den chinesischen Kulis Konzessionen gemacht. Sie verlangen nicht mehr die alte Arbeitsmenge und haben die Arbeitszeit für die Kinder erheblich herabgesetzt.

Da die Streikenden von der gesamten chinesischen Bevölkerung mit Geld unterstützt werden, können sie noch lange Zeit im Kampf ausharren. Auch die russischen Gewerkschaften unterstützen die Streikenden.

Nach der „Chicago-Tribune“ haben sich die imperialistischen Mächte dahin geeinigt, daß keine Macht unabhängig von der anderen in China vorgeht, und daß Eingriffe in China nur stattfinden dürfen, wenn Leben und Eigentum von Ausländern gefährdet sei.

Eisenbahnkatastrophe in Amerika

Bisher 38 Tote, nahezu 100 Verletzte

(Eigener Drahtbericht)

New York, 17. Juni.

Ein größtes Eisenbahnunglück geschah im Staat New Jersey, dem vorwiegend Deutsche zum Opfer fielen. Es werden folgende Einzelheiten gemeldet:

In Rodport (New Jersey) entgleite ein Sonderzug mit 200 Deutschemerikanern aus Chicago und den Mittelwest-Staaten, die sich in New York einschiffen wollten, um zur Tausendjahrfeier des Rheinlandes nach Koblenz zu fahren.

Das Unglück hat sich zwischen den Orten Rodport und Sacketstown, Staat New Jersey, gegen 2 Uhr morgens während eines schweren Gewitters zugetragen. Der heftige Regen hatte die Gleise unterhöhlt, so daß ein Dammtisch erfolgte; dazu soll, wie Überlebende berichteten, ein Blitz in den Zug eingeschlagen haben.

Nach den zuerst eingegangenen Nachrichten wurden 38 Personen getötet, darunter 20 Frauen und über 80 Personen schwer verletzt. Abgesehen von sieben Mitgliedern des Fahrplans sind sämtliche Tote und Verwundete wohhabende Deutsch-Amerikaner.

Kleine Auslandsnachrichten

Das gefürchtete London, 18. Juni. Der bekannte Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, Das, ist infolge eines Herzleidens in Kallutta plötzlich gestorben.

Englische Bergbaukrisis. London, 18. Juni. Vane Fox teilte im englischen Unterhause mit, daß während des Monats Mai 59 Kohlenbergwerke ihren Betrieb eingestellt haben. Die Bergwerke beschäftigen normalerweise etwa 10 000 Arbeiter.

Streik in der belgischen Metallindustrie. Brüssel, 18. Juni. Der Streik in der Metallindustrie des Bundes von Charleroi greift weiter um sich. Bisher streiken 15 000 Metallarbeiter. Die Hütten sind schon zum Teil gelockt. Auch in anderen Industriezweigen wird mit einem Streik gedroht.

Währungsstreik in Italien. Rom, 18. Juni. Der Sir ist erneut gestürzt. Man vermutet, daß diese Börsenoperation der Amerikaner die italienischen Banken zwingen soll die amerikanische 50 Millionenanleihe sofort einzulösen. Streikende Gewerkschaften in England. London, 18. Juni. Die Zahl der Erwerbslosen ist innerhalb der vergangenen Woche erneut um weitere 40 000 gestiegen. Staatlich registriert sind heute in England 1 291 000 Arbeitslose, das sind 263 000 mehr als im gleichen Monat des Vorjahres.

Der Streik in Siberg. Siberg, 18. Juni. Die Streikanten im Kohlenbergbau von Kapte Berton neuem fort zu verzeichnen Stellen wurden Brände angelegt. In unter anderem ein Sprengstoffmagazin zerstört.

Die Zerlegung der Sozialdemokratie im Freistaat Danzig

Von Nemo (Danzig)

Die stolze Sozialdemokratie des Freistaates Danzig, die sich nicht laut genug zum „Anten“ Flügel der Partei rechnen kann und besonders gern vor der Arbeiterchaft die radikalsten Söhne anstammt, ist in einen jämmerlichen Zustand hineingeraten. Ihr Führer Rahn, der, nachdem er aus der SPD ausgetreten war, zu einer Reichte und Zerle der Danziger Sozialdemokratie wurde, hat die Reihen seiner Partei verlassen und seine eigene „Sozialistische Partei der Freien Stadt Danzig“ proklamiert.

Der Kampf begann damit, daß Rahn als Fraktionsführer sich bei der Debatte um das Wohnungsbaugesetz öffentlich im strikten Gegensatz zu seiner Partei stellte und vor dem Volkstag von der hohen Warte seiner „bedeutenden wirtschaftlichen und politischen Kenntnisse“, seinen Genossen die Blödsinnigkeit ihrer Haltung und ihrer Politik vorwarf.

Die Folge war die, daß Rahn's Austritt von seinem Parteiorgan, der „Danziger Volksstimme“, mit einer seit langem „fortschreitenden Krankheit“ entschuldigt wurde und sie ihn vor weiteren Unbilligkeiten warnte. Nun aber begann Rahn in einem bürgerlichen Organ und vor dem Volkstag den Kampf gegen seine Partei zu führen und manch interessantes Ding erfuhr die Arbeiterchaft über die Korruptheit der sozialdemokratischen Führer. So leid es der Sozialdemokratie tat, ihre kostbarsten Werte verlieren zu müssen, Rahn zwang sie, den Ausschluß zu vollziehen.

Wer aber der Meinung ist, daß es sich hier um eine rein persönliche Angelegenheit handelt, befindet sich in einem großen Irrtum. Das Flugblatt, welches Rahn anlässlich der Gründung seiner „Partei“ herausgab, ist von noch weiteren fünf bekannten und wichtigen sozialdemokratischen Bonzen unterschrieben. Dies ist der beste Beweis dafür, daß wir hier einen direkten Zerlegungsprozess vor uns haben.

Der Inhalt des Flugblattes ist wert, breiteren Kreisen der Arbeiterchaft bekanntzugeben zu werden, um die entsprechenden Lehren daraus zu ziehen. Dies um so mehr, als das Flugblatt von einem sozialdemokratischen Parteioberhauptling herausgegeben wurde und von fünf sozialdemokratischen Funktionären unterschrieben, von Personen also, die die Verhältnisse ihrer Partei doch gewiß kennen.

Mögen nun die Sozialdemokraten über sich selbst urteilen: Die Mehrheitssozialdemokraten trieben ihren Arbeitererrat während des ganzen Krieges, sie belogen die Arbeiterchaft genau ebenso, wie die Oberste Exekutive das Volk belog, predigten Durchhaltepolitik und traten schließlich in die kaiserliche Regierung ein. Als im Januar 1918 die Industriearbeiter in den Streik traten, ging die Führung der Sozialdemokratischen Partei in die Streikleitung, nicht um den Streik für die Arbeiter freizugeben, sondern um den Streik abzumürren. Vor den bürgerlichen Gerichten lieferte die Sozialdemokratie jetzt den Nachweis, daß sie die Arbeiterchaft damals auf das schändlichste betrogen hat, ohne vor sich selbst zu erzittern!

Die Revolution machte den Sozialdemokraten einen Strich durch die Rechnung... Die revolutionären Arbeiter wollten das sozialistische Regime befestigen. Da sah aber der Widerstand der Sozialdemokraten ein, die kaiserlichen Beamten wurden in ihren Ämtern belassen, Hindenburg wurde geblieben, das Heer in die Heimat zurückzuführen. Zur Niederschlagung der revolutionären Arbeiter bediente sich Herr Rahn, mit Billigung der SPD, der monarchistischen Offiziere, welche die Freikorps bildeten und den Mordanschlag in der Französischen Straße begingen. Das Arbeiterblut, das damals geflossen ist, kommt auf das Haupt der Sozialdemokratischen Partei... Bald nach dem ersten Rätekongress erfolgte die bestialische Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, deren Blut ebenfalls die Sozialdemokraten verschuldet haben, da sie die Freikorps organisierten, welche dann in der Folgezeit die revolutionären Arbeiter in den Märzschlachten niederschlugen und schließlich die Bahn frei machten, die zum Rapp-Busch führte.

Der Kampf gegen die Kirche ist unter der Zusammenarbeit mit dem Zentrum aufgegeben... Die rote Fahne, das Heiligentum jedes Sozialisten, ist verblasst — „Schwarz-rot-gold“, die Fahne der bürgerlichen Demokratie, ist Triumph! Die SPD ist eine konservative Partei geworden, die sich darauf beschränkt, die formale Demokratie zu vertheidigen, aber die die wahre Demokratie in ihren eigenen Reihen nicht gelten läßt, sondern sich über den Willen der Parteimitgliedschaft hinwegsetzt, wo dieser etwas anderes will, wie die Parteibeamten.

Alsdann befaßt sich das Flugblatt mit der Danziger Partei, um festzustellen, daß diese sich in nichts von der deutschen unterscheidet. Durch die Schuld der Sozialdemokratie ist eine unverantwortliche Beamtenregierung eingesetzt worden. Die Selbstverwirklichung der Stadtgemeinde Danzig ist tatsächlich be-

wirkt, weil die SPD sich für die indirekte Wahl der Stadtbürgerchaft durch den Volkstag einsetzte... Friedlich werden jährlich Hunderttausende Gulden Gehälter für die Beamten von der SPD bewilligt. Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie ist ein Skandal! Auf ihr Betreiben ist die Lohnsteuer eingeführt worden, damit die Arbeiter sich nicht von der Steuer drücken können, wie der Sozialdemokrat Reet sich ausdrückte!... Jetzt ist die SPD, daran, die Gemüngerichte Justizreform auch für Danzig zu verlangen, wodurch die Schwurgerichte beseitigt werden sollen und der Einzelrichter bis zu zehn Jahren Zuchthaus verhängen darf!

Für die Gewerbelosen und Rentenempfänger ist kein Geld da, wohl aber für die 9000 Staatsbeamten, deren Gehälter dauernd unter Mithilfe der SPD erhöht werden. Der Kampf der SPD richtet sich nicht gegen das Bürgertum, sondern mit Hilfe, Verleumdung, Arglist und Gemeinheiten kämpft sie gegen diejenigen, die sich für die Arbeiterchaft einsetzen. Sie ist eine GMS, zur Verfolgung der Parteiführer geworden, die um ihre Existenz kämpfen! Sie ist mit zehntausend Sünden belastet, um Vertrauen zu gewinnen, sie ist zu einem Häuflein von kaum 3000 Mitgliedern im Freistaatgebiet zusammengedrückt!

Aus den Parlamenten

Das bayerische Konkordat vor dem Reichstag

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 18. Juni.

Die gestrige Sitzung beschäftigte sich mit einer Interpellation der Sozialdemokratie, die die Reichsregierung im Zusammenhang mit dem Abschluß des bayerischen Konkordats aufzufordern, die Reichsverfassung gegen Verletzungen zu schützen. Die Beratungen ergaben eine vollständige Einheitsfront der evangelischen und der katholischen Reaktion. Sowohl die Deutschnationalen wie die Volkspartei verurteilten das Konkordat. Dieses reaktionäre Abkommen mit dem katholischen Klerus bringt die reaktionärsten mittelalterlichen Rechte in den Schulen wieder.

Danach hat der Klerus ein Ausschreiben in den Schulen, für die philosophische Fakultät der Universität in München und Berlin kommen nur Professoren in Betracht, die katholisch sind. Die Lehrer unterliegen dabei dem schlimmsten Gewissenszwang. Trotzdem die Verfassung in vielen Punkten durch das bayerische Konkordat verletzt wird, findet es die begeisterte Zustimmung der bürgerlichen Parteien, denn die Bourgeoisie unterstügt alle Maßnahmen, die sowohl kulturell wie politisch oder wirtschaftlich das Proletariat knechten. Der Sozialdemokrat Saenger, der die Interpellation der Sozialdemokraten begründete, warf der Bayerischen Regierung vor, sie habe das Reich vor vollendete Tatsachen gestellt. Bei seinen Ausführungen richtete er sich weniger gegen den reaktionären Charakter des Konkordats als gegen die durch das Konkordat verletzte Bestimmungen der Reichsverfassung. Der Regierungsvertreter verteidigte das Konkordat und erklärte, daß es die Bestimmungen der Verfassung nicht außer Acht lasse und bestätigte weiter, daß die Reichsregierung und zwar schon die Regierung des Reichskanzlers Marx von der Bayerischen Regierung über die Verhandlungen auf dem Laufenden gewesen sei.

Der kommunistische Redner behandelte in seinen Ausführungen im Gegensatz zu den Sozialdemokraten insbesondere den reaktionären Charakter dieses Abkommens mit dem Klerus und wies darauf hin, daß es der Vorläufer eines Reichskonkordats sein soll, welches die bayerischen Kulturmethoden auf das ganze Reich überträgt. Ein solches Reichskonkordat wurde von dem Redner der Deutschnationalen ganz besonders gefordert.

Genosse Neubauer: Wir sind der Meinung, daß das Konkordat auf dem Gebiete der Schulung und Bildung Artikel der Reichsverfassung schwer verletzt hat. Darüber hinaus ist es der Versuch, die Macht der Kirche gegenüber den Staat zu stabilisieren. Das Konkordat bedeutet nichts anderes, als den Versuch, auf dem Gebiete der Erziehung und Bildung wieder eine Ära der schwarzen Kulturreaktion heraufzuführen. Mit dem Konkordat ist die Eroberung der öffentlichen Bildungsinstitute durch den Klerus in Bayern durchgeführt. Die Sozialdemokraten, die hier mit Recht über diese Verfassungsbrüche geklagt haben, sollen sich daran erinnern, wie gerade sie es waren, die in den Jahren 1918/20 im Kampfe gegen die Spartakisten und Kommunisten vor feiner Verfassungsänderung zurückgeschaut sind. Die Sozialdemokraten waren die ersten, die die Verfassung außer Kraft setzten um die Bourgeoisie zu retten.

Nachdem Rahn dies Flugblatt in Massen verbreitet hatte wurde er von der „Danziger Volksstimme“ als „wahnsinnig und ehrgeizig“ bezeichnet. Zu den Anhängern selbst erklärt das sozialdemokratische Organ, daß diese natürlich nicht das geringste mit der Sozialdemokratischen Partei Danzig zu tun haben, denn auf die Gestaltung der Dinge in Deutschland hat die Danziger Sozialdemokratie nicht den geringsten Einfluß. Das heißt also, daß die Danziger Sozialdemokraten die Anhängern, die Rahn jetzt erhebt und die wir Kommunisten seit vielen Jahren vorbringen, nicht erwidern kann und die Zerlegung derselben anerkennt! So steht die vielgepriesene Einheit der SPD aus!

Die Danziger Arbeiterchaft wird die Lehren aus diesem Zerlegungsprozess der Sozialdemokratie ziehen. Und sie ist viel zu Massenbewußt, um den radikalen Tönen des Renegaten Rahn, der überall dort ist, wo es ein Mandat zu gewinnen gilt, ihr Ohr zu schenken. Die Kommunistische Partei Danzig betrachtet es als ihre Aufgabe, den Zerlegungsprozess der SPD zu beschleunigen, und unter Ausnutzung der Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie den Arbeitern den wahren Charakter derselben zu zeigen.

Wir fragen die Sozialdemokraten ob sie nur gegen die Schulreaktion kämpfen wollen oder gegen die Reaktion überhaupt? Und weiter, wollen die Sozialdemokraten nur gegen die Schulreaktion in Bayern kämpfen oder auch gegen die Schulreaktion ihrer allernächsten Bundesgenossen, das Zentrum? Man kann den Kampf gegen die kulturpolitische Reaktion nicht von dem Kampfe auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete trennen. Mit dem Kampfe um die wirtschaftliche und politische Befreiung führt die Arbeiterchaft zugleich den Kampf gegen die mittelalterliche Kulturreaktion. Die Tatsache, daß es die sozialdemokratische Regierung Hoffmann in Bayern war, die als erste ein Konkordat mit der katholischen Kirche abschließen wollte, bestätigt die Arbeiterchaft nur, daß allein die kommunistische Partei den Kampf für die Befreiung der Arbeiterchaft führt. Die kommunistische Partei ist die Führerin im Kampfe gegen die kulturelle, wirtschaftliche und politische Verklammerung der Arbeiterchaft. Das erkennt das Proletariat in immer stärkerem Maße. (Beifall v. d. Komm.)

Nächste Sitzung Donnerstag 2 1/2 Uhr.

Aus dem Steuerauschuß

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 18. Juni.

Am die Besteuerung der kommunalen Vermögen. Der Steuerauschuß hatte sich am Dienstag und Mittwoch u. a. auch mit einem Antrag der Reichsparteien zu beschäftigen, der die Gemeindevermögen, so weit sie über den Besitzstand vom 1. Juli 1914 hinausgehen, der Vermögenssteuer unterwerfen will. Ein ähnlicher Antrag ist schon bei der Körperschaftsteuer angenommen worden. Beide mal, sowohl jetzt bei der Vermögenssteuer wie vor dem bei der Körperschaftsteuer hatte sich das Zentrum mit der Deutschen Volkspartei, den Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei zu einem so feindseligen Vorgehen gegen die Gemeinden vereinigt.

Der Antrag dieser bürgerlichen Parteien entspringt dem Interesse der privatkapitalistischen Räuber, die durch solchen Steuerdruck die Privatisierung der kommunalen Betriebe erzwingen oder wenigstens der kommunalen Wirtschaft möglichst große Hindernisse in den Weg wälzen wollen.

Die Kommunisten erhoben schärfsten Protest dagegen. Die Mehrheit des Ausschusses, so führte Genosse Höller aus, führt im Interesse der privatkapitalistischen Räuber einen erbitterten Kampf gegen die kommunale Wirtschaft. Wer die Kommunen mit solchen steuerlichen Maßnahmen angreifen will, macht es ihnen unmöglich, ihre sozialen und kulturellen Aufgaben zu erfüllen. Die Bodenpolitik der Gemeinden werden durch den Antrag der Herren von Zentrum, der Volkspartei und der Deutschnationalen die größten Schwierigkeiten gemacht; dadurch wird das Wohnungsseind noch mehr gesteigert.

Vermögenssteuer für Genossenschaften.

Ein kommunistischer Antrag auf Befreiung der Konsumvereine, Handwerker-genossenschaften und landwirtschaftliche Genossenschaften von der Vermögenssteuer wird abgelehnt.

Wiederum war das Zentrum mit seinem „Arbeitervertreter“ Dr. Brünning in der Front der Privatkapitalisten.

Ein Oberlinnenmädchen

Der Roman einer Illusion.

Von Otto Müller Göta.

25
Anhaltendes Händeklaffen und Fußgetrammel, das vermittels von den „akademisch gebildeten“ Zuhörern stammte, befandete den starken Beifall, den der Doktor für seine „Eustliebe“ empfing. Segemeier aber ließ sich anbringen von diesem Verhalten des Publikums. „Sehen Sie doch diese Hände an, kein Mensch hat ordentlich zugehört, aber alle sind sie vor Beifall wie toll. Glauben Sie nun, daß hier alles Schminke, daß das eine verlogene Gesellschaft ist?“

Nachdem der Doktor für diesen, seiner Meinung nach allerdings verdienten ungewöhnlichen Beifall in äußerlich umständlicher Weise gedankt hatte, fungierte er sofort wieder als Präsident und kündigte die nächste Nummer an. „Hochgeschätzte Kunstfreunde!“ (Er war glücklich, noch eine neue Anredeform gefunden zu haben.) „Nach diesem langen und anstrengenden...“ „Zehr richtig!“ rief in diesem Augenblick die schon früher aufgetauchte Bahntime. Diesen Zwischenruf dezidierte sich der Doktor zu seinen Gunsten und dankte mit einer eleganten Verbeugung, um fortzufahren: „Nach diesem Kunstgenuss hätten Sie eigentlich Anspruch auf eine Pause...“ „Bravo!“ erscholl es. Wieder dankte der Präsident. „Aber, tutzum, damit wir mit unserem großen Programm noch zurechtkommen, müssen wir vor der Pause unsere hochverehrte Künstlerin, Fräulein Ella Meyner, zu Worte kommen lassen. Diese Dichterin, die, wie wohl vielen Herrschaften bekannt sein dürfte, aus den höchsten Gesellschaftskreisen kommt, gehört zu den ganz...“ Ich will nicht sagen, hypermodernen. Sie gehört einer Kunstschicht an, die wohl in Paris, London und Moskau, nicht aber in unserer Kulturwelt größere Anhänger gefunden hat...“ Hier wurde der Redner wieder vom Beifall unterbrochen. Er hatte wieder Zuhörern dadurch geschmeichelt. Es tat ihnen wohl, zu hören, daß sie in einer Kulturwelt leben mußten, während sie insgeheim sich dazu berufen fühlten, in einer „Weltstadt“ zu leben.

„Aber lassen wir endlich die Künstlerin selbst zu Worte kommen“, logte der Präsident noch und trat beiseite ab.

Es war auch die höchste Zeit gewesen, denn sie fieberte im Künstlerzimmer schon und war im Re auf der Bühne.

Die Dichterin machte nicht, wie es gewöhnliche Sterbliche unter den „Damen“ tun, einen Knids, sondern verbeugte sich tief. Dabei sahen die Herren, die sich dafür interessierten, sofort ihren vollen Busen in seiner ganzen Schwere hängen und waren sofort für sie begeistert. Sie entschlossen sich, so leicht auf jeden Fall Beifall mit allen Leibkräften zu spenden, um dieses für sie so angenehme Schauspiel noch einmal zu erleben; denn durch Beifall würde die Dichterin sicher animiert werden können, sich weiter so gründlich zu verbeugen.

Nachdem sich die Dichterin in den Sessel niedergelassen und ihre Beine sorgfältig garniert hatte, erklärte sie vergnügt: „Ich beginne mit einem noch un veröffentlichten Gedicht, das man das Bekenntnis eines modernen Dichters nennen könnte. Näher bezeichnet heißt es sich: „Meines Mädchens Brüste.“ Und sie las:

„Meines Mädchens Brüste sind zwei kernenerregte Ampeln, Darinnen Licht in klingendem Probelaucht; Daraus Sehnsucht an meine Sinnenswände locht, Die erbarungslos will meine Luft zertrampeln. Meines Mädchens Brüste sind zwei reife Birnen, Zu denen tausend freche Würmer kriechen, Und die, wie unstillbare Dürren, Zum taufendsten Male unterliegen. Meines Mädchens Brüste sind zwei Achenbeger, Darinnen verfohlt meine Wankung verfestigt; Daraus geflügelt vom Gaudie der Fächer, Zerplüßte Keuschheit ins Weite zerfliegt.“

Die Zuhörer waren erschreckt und entsetzt ob dieser ersten Kraftprobe. Der Beifall, der insbesondere von den Herren ausging, wollte tatsächlich kein Ende nehmen. Immer wieder machte sich die Dichterin verbeugen, wobei sich dann die zahlreich daran interessierten Herren an ihrem Busen ergöteten. Eben, als sie sich weiterzuleben anfing, trat der Präsident in die Loge und schmunzelte vergnügt: „Ich was nicht eine entzückende Schamlosigkeit! Die Meyner wäre total unmöglich, wenn sie nicht aus „gutem Hause“ stammte. Ja, ja, habaha, man muß nur aus gutem Hause sein und absichtlich gegen die guten Sitten verstoßen, dann kann man die gewagtesten Sachen ohne Balancierstange vollführen.“ Und dann wendete er sich zu Rosa. „Ja, mein verehrtes Mädchen, nun wollen wir aber bei-

einander bleiben und ein Gläschen Wein miteinander trinken. Sie sollen doch nicht verdürsten in meiner Obhut. Für heute habe ich meine Präsidentenpflichten reichlich erfüllt; für den anderen Teil des Festes habe ich mich beurlaubt und meinen jungen Freund Steuers, der übrigens gleich dran kommt, mit der Präsidentenschaft betraut. Ich hoffe, die Allgemeinheit wird es mir nicht übel nehmen, daß ich mich nun auch einmal meinem persönlichen Glück widmen will. Und ich bin ja auch einer Dame gegenüber verpflichtet.“

Dabei rühte er seinen Stuhl näher an den Kosas und versuchte, sie zu lösen. Rosa wehrte schamhaft ab. Sie sah und dachte an Segemeier. Was würde dieser wohl denken? Sie schämte sich vor ihm. Seine Worte hatten ihr vorhin bewußt werden lassen, daß diese Leute hier alle viel älter waren als sie, und nunmehr erschien ihr der Doktor tatsächlich als ein albeiner und eiliger Mensch.

Dieser hatte inzwischen Wein eingeschenkt und dabei Segemeier angesprochen: „Segemeier, Sie sind doch ein Seltener, wassermensch, Ihnen kann man ja nichts anbieten, darum laßt ich Sie gar nicht erst ein; wie kommen Sie überhaupt in meine Loge?“

„Was heißt Ihre Loge?“ hatte dieser led geantwortet. „Ist die Loge etwa Ihr Privatigentum? Das erkenne ich nicht an. Sievers hat mich eingeladen...“ der bringt wahrscheinlich bald Gedichte raus und will sich bei der Presse ankommen.“

Die Dichterin auf der Bühne war eben dabei, ein „Madonnengebet“ vorzutragen. Der Doktor, der das bemerkte, schmunzelte laut genug, so daß es Rosa und Segemeier hören konnten: „Du... und Madonnengebet... habaha.“ Segemeier provozierte den Doktor: „Sie haben sich wohl mit der auch schon im Bette herumgewälzt?“ Der Doktor sah Rosa verdächtigt an und war verblüfft ob dieser Frechheit Segemeiers. „Auf eine solche Anpöbele kann ich als gebildeter Mensch keine Antwort geben. So was kann man nur niedriger hängen, so groß kann nur ein Mann von der roten Presse sein. Rot und roh ist Ihre Parole.“ Segemeier lachte und sah interessiert zu Rosa. Um ihre willen hatte er es gesagt, allein, um sie zu warnen und ihr einen Begriff davon zu geben, bei... ostand. „Wenn ich ihm doch dieses Kind aus den Klauen reißen könnte, er ist im Grunde, es heute noch zu verewältigen“, dachte er. (Fortsetzung folgt.)

Aus der Provinz

Vandebut. Dem Mieterschutzverein. Zu den Verhandlungen, welche im hiesigen Mieterschutzverein unter der Regie der Allenberger, Schiller und Gensler einmündig sind, und die in der letzten Mitgliederversammlung zu mühevoller Ausführung führten, wird uns von einigen Mitgliedern nach folgende Tatsache berichtet, welche die Unzulänglichkeit der Schiller und Gensler bei Vertretung der Mieterinteressen ins rechte Licht stellen. Wenn von Allenberger und Schiller festgestellt wird, daß den Schutz suchenden Mietern des Hauses Schiefbaustraße 6 die Vertretung ihrer berechtigten Interessen verweigert wurde, so muß dies als Lüge zurückgewiesen werden.

Allenberger erklärte, wiederum wäre kein Kunde, und Schiller, der vom Mieterschutzverein, wie die Belege beweisen, zu seinem guten Einkommen als sozialdemokratischer Parteisekretär noch ganz ansehnliche Beträge guttuhert hat, verweigert die Vertretung, weil Buchmann als Führer der Mieter und Mitglied des Vereins von ihm wiederholt verteidigt worden sei. In einem anderen Falle gänzlichen Bier und Zigarren des Hauswirts, um einen erst für den Mieter als gültig beurteilten Fall als aussichtslos hinzustellen. Als Mitglieder des Mieterschutzvereins! Es genügt nicht zur Vertretung eurer Interessen, daß ihr die Beiträge an den Verein bezahlt, ihr müßt Kunden des Schneiders Allenberger werden und eure offene Hand für die Gestandnisse dieser Herren haben. Spät bleibt ihr schutzlos gegen die Hausbesitzer trotz eures Rechts.

Frankfurt, Städtetag. Am 10. und 11. d. Mts. fand hier die Tagung des Grenzmarkischen Städtetages statt. Die Stadt in Waldesgrün und voller Schwarz-weißem, Schwarz-weißem und religiösem Flaggenschmuck, der wohl noch zum Teil von dem Katholikentag am 7. Juni hing. Am 10. Juni, abends, war ein großes allgemeines Fressen und Saufen. (Soll und Erntea darf man es schon gar nicht mehr nennen, denn die meisten der Anwesenden waren derart betrunken, und voller Monarchismus durchdrungen, daß sie nicht imstande waren, einsehn nach Hause zu gehen.

Sagan. Opfer der Sagen-Sonne. Sonntag nachmittag wurde die Leiche des 65 Jahre alten Rentenschlägers Mangnus von hier, Bergstraße 12, in der Nähe von Sagan auf der Bahnstraße Sagan-Berlin geschanden. Derselbe hat seinen Leben durch Selbstmord ein Ende bereitet. Wahrscheinlich hat er infolge seiner hohen Rente das gute Leben in dieser Pomeranien nicht mehr ertragen können.

Neue Massenfassungen

Von unserem Betriebsberichterstattung.
Fiedersglück-Grube, Köpberg bei Beuthen O.S.
Was schon lange zu erwarten war, ist nun auch bei uns auf der Fiedersglück-Grube eingetroffen. Am 12. Juni ist 250 Arbeiter, also der Hälfte der Belegschaft, gekündigt worden. Die Entlassungen erfolgen aber nicht auf einmal, sondern etwa 20 % erhalten jeden Tag die Damesbotenschaft, daß sie ins Heer der Arbeitslosen zu wandern haben. Alte und Junge müssen dran glauben. Als Grund für die Kündigungen wird die fehlende Auslastung der Grubengebäude angegeben, daß der Arbeitsmangel sich immer mehr steigere. Die Damesherren wollen eben von unseren Schenkern nichts wissen.

Die Belegschaft will gegen diese Entlassungen ankämpfen und verlangt von den Gewerkschaften die notwendige Unterstützung. Können die kapitalistischen Profitgötzen ohne die blühende Ausbeutung der Arbeiterschaft, ohne Achtundachtzig und Hunderttausende ihrer maroden Wirtschaftsweise nicht mehr ertragen, so sollen sie sich zum Teufel führen und es wird Zeit, daß wir uns die Macht erkämpfen.

Der Kindertransport der Internationalen Arbeiter-Hilfe

Der Kindertransport der Internationalen Arbeiter-Hilfe geht am 19. Juni, nachmittags 4.58 Uhr von Breslau (Freiburger Bahnhof) nach Saften ab. Insgesamt kommen 156 Kinder aus Schlesien in Betracht, davon 70 aus Breslau, die übrigen Kinder werden aus größeren Orten Mittel- und Niederschlesiens dem Transport angeschlossen. In der Hauptmasse sind es Kinder der gemischten Volk- und Metallarbeiter, die der kapitalistischen Rache- und Profitgier zum Opfer fielen.

Die IAH, als überparteiliche proletarische Hilfsorganisation hat durch diese Kinderhilfsaktion sehr schnell die Herzen vieler Proletarier erobert und hat sich große Sympathien erworben. Die Hilfsaktion ist ein lebendiger Beweis brüderlicher Solidarität. Besonders erhebt sich diese in Zuschriften der schlesischen Arbeiter an die schlesischen Arbeiter. Aus einer Anzahl Orten kommen Zeichen, die auf einen äußerst freundlichen Empfang unserer Kinder durch die schlesischen Arbeiter schließen lassen.

Der Vorsitzende einer Ortsgruppe schreibt: „Ich habe für die kleinen Freunde doch schon kleine Vorbereitungen getroffen. Wenn der Zug einfährt, spielen die Trommler und Pfeifer der Jugend die Internationale und alle Menschen, die unsere Gäste empfangen, bilden einen Halbkreis. Wir werden eine Girlande über die Straße ziehen mit „Herzlich willkommen“. Ich habe eine Anzahl Tafeln Schokolade, da bekommt jedes Kind eine, dann einen Blumenstrauß, ein Bilderbuch von Herminia zur Mühlen und zwei Apfelsinen. Also herz und gut, wie kleine Fürstentümer wollen wir sie empfangen.“

Den Eltern braucht es um ihre Kinder nicht lange zu sein; Menschen, die sich so für den Empfang vorbereiten, sind eng verbunden mit ihnen.

Die Breslauer Kinder sammeln sich am Freitag nachmittags 1.4 Uhr auf dem Schloßplatz und gehen gemeinsam nach dem Freiburger Bahnhof. Die Breslauer Arbeiterschaft, die an diesem Transport Interesse hat, wird die Kinder zum Bahnhof begleiten. Wir erwarten regste Beteiligung.

Genosse, überlege!

Jede Zeitung, die Du einem Arbeitshänder gibst, bedeutet für ihn ein Mehr an Einsticht in die Notwendigkeiten der Gegenwart, ein Mehr an Willen zum Kampf um die Lebensinteressen aller Arbeiter. — Die einheitliche Kampffront wird nicht mit einem Handschlag hergestellt, sie wird in zäher Arbeit aufgebaut.

Aus aller Welt

Explosion in einem bulgarischen Bergwerk

Sofia 17. Juni. Am bekanntesten bulgarischen Kupferbergwerk Blakalnika, hundert Kilometer nördlich von Sofia, erfolgte eine schwere Gasexplosion, die alle Hauptgänge verschüttete. Von den eingeschaffenen 27 Bergleuten sind zwei als Leichen geborgen worden. Man nimmt an, daß alle Bergleute verloren sind.

guslab nagel lebt! Aus Berlin wird gemeldet: Die Nachricht vom Tode des Naturmenschen guslab nagel hat sich als falsch erwiesen. In einem Brief an ein Berliner Blatt stellt nagel selbst fest, daß er noch in bester Gesundheit in seinem Zempel in Arensee in der Altmark als Wanderprediger und Zempelwächter lebe.


Japanischer Flug Tokio-Paris. Nach einer Meldung der russischen Telegraphenagentur hat der für Anfang Juli geplante Flug japanischer Flieger von Tokio nach Paris über Moskau früher begonnen, da die Japaner unterwegs die Luftexpedition Moskau-Mongolei-China begriffen wollten. Die Expedition hat heute Nowonikolaiewsk in der Richtung auf Irkutsk verlassen.

Auf der Suche nach Amundsen. Neuhort, 17. Juni. Mac Millan fährt heute auf der „Pearl“ nach Charleston ab, wo bereits das zweite Begleiterschiff „Bombardier“ wartet. Beide Schiffe verlassen Wiscaasset am Sonnabend nachmittags. Mac Millans Flugzeuge werden das gesamte Gelände bis Fort Conger und Cap Columbia nach Amundsen abfliegen. Der erste Teil der Expedition wird wahrscheinlich am 21. August beendet sein. Nach Ergänzung der Kohlenvorräte wird dann die Expedition ins Innere des Baffinlandes aufbrechen.

Die Zepplinerexpedition nach der Arktis. Dr. Schener ist wieder in Berlin eingetroffen, um die Verhandlungen mit der Internationalen Studiengesellschaft über den Bau eines Nordpol-Zepplins fortzusetzen. Dr. Schener erklärte, daß unabhängig von den Plänen der Studiengesellschaft auch die Zepplingergesellschaft schon seit langer Zeit Projekte zur Erforschung der Arktis verfolge. Dr. Schener bezeichnet es als erfreulich, daß Bemühungen im Gange sind, beide Gesellschaften zu einer groß angelegten Expedition zu vereinigen. Aus Kreisen der Studiengesellschaft verlautet, daß auch dort die Einigungsbemühungen lebhaft begrüßt werden.

Der Prozeß Angerstein. Als Termin für die Hauptverhandlung gegen den Wider Angerstein ist der 6. Juli in Aussicht genommen. Der Prozeß wird einige Wochen in Anspruch nehmen, da allein 170 Zeugen geladen worden sind.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schufz, Breslau; Verleger: Arthur Müller, Breslau. Verlag: Schließliche Verlagsgesellschaft, O. m. B. J., Breslau. Druck: Wevaag-Berlin, Studerische Breslau.



Blücherplatz 4

Liebtich-Theater

Monat Juni 1925
Täglich 8 Uhr Täglich 8 Uhr
Gastspiel
Hartstein
und Gesellschaft
Der unverwundliche
Söldatenführer
Der Stolz u. **3. Kompagnie**
Bisher über 2000 mal aufgeführt!
Gesamt:
Dunio und Segna
Die Streifenführer
Herrmann Meßtram
Herrmann
Hickey's Circus
Herrmann'scher Zirkus
Tanzspiel Blinowa u. Woronizow
und Senta Korn
Witaly Drive
Spanische Operette
„Die goldene Spinne“
Juleski und Paronin
Mensch oder Maschine?
Die weltberühmte Revue
Größte Sommerrevue!

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Sente 8 Uhr
und täglich:
„Anneliese von
Deffau“

Ein neuer
BOX-Doppelball
billig zu
verkaufen
bei
Kirchner
Posenerstr. 34

Mein reichhaltiges Lager
in:
**Herren- u. Damen-
Bekleidung**
Arbeiter-Konfektion
Herren- und Damen-Wäsche
Bettwäsche, Bettdecken
Handtücher, Tischdecken
Kragen, Halsbinden, Hosensträger
Strümpfe, Socken, Sportsocken
Stricktücher, Mützen und Hüte
Schuhwaren
Sportwagen, Bekleidungen
Länge in empfehlende Erinnerung
Konstanz Gull Gieß
Fab. Woll-Im Gieß
Bundschuh I. Gieß, Sträßr. 12
Telephon 116

Fries-Brot „Edelweiß“
Weiß- und Süßwaren
in hoher Qualität
Fritz Grieger, Meißelgasse 30

Kaffee-Rösterei „Perfekt“
Alfred Koschlig
Schweidnitz, Peterstraße 18
Fernsprecher Nr. 331
Lohnarbeiten, Tabak, Zigarren, Spiritosen
u. Weinhandlung, Fruchtweine u. Fruchtweine

Zigarren/Tabak/Zigaretten
kaufen Sie gut u. billig bei
Josel Wenzel, Striegau
Schweidnitzer Straße 14

Versammlungs-Kalender

Andere Organisationen
RFB. Agitation, Gruppe Ost, Sämtliche
Samstagen, auch die bei Jung-
parade treffen sich Freitag, den
19. Juni, sämtlich 6 Uhr abends bei Gräde,
Krausenstraße 173.
AFB. Bezirk Nord, Donnerstag, den 18. Juni,
abends 8 Uhr, findet im Festsaal, Be-
nauze 55/57, eine Gruppenversammlung statt.
Jeder Gruppenführer hat seine Gruppe für
diese Versammlung zu mobilisieren. Referat
anwesend.
AFB. Gruppe Süd, Freitag, den 19. Juni, abends
7 Uhr findet eine wichtige Gruppenversammlung
statt. Treffpunkt am Hauptplatz. Alles erscheint
in Uniform. Mitgliedslisten mitbringen. Jeder
Raucher muß persönlich erscheinen.
AFB. Zentrum, Freitag, den 19. Juni, abends
7 Uhr treffen sich alle Raucher im Haupt-
platz am Hauptplatz. Dort im Hauptplatz zur
Versammlung in die Zentralhalle.
Keller Langstrasse. Donnerstag, den 18. Juni,
abends 8 Uhr im Café Langstrasse, Mitglieder-
versammlung. Gruppenführer alles beacht-
lich.
Beltschlag, Keller Langstrasse. Freitag, den
19. Juni, Rauchergruppenabend. Treffpunkt ist
Spielplatz.
AFB. Ortsgruppe Ucker und Landeshut, Sonn-
abend, den 20. Juni, abends 10 Uhr, findet eine
commodore Sommerabend in Reichshaus-
haus statt. Anwesenheit wird den Ortsgruppen
betont gegeben. Sommerabend, Partei-
gruppen, Jugendgruppen möchten sich daran
für gütlich beteiligen.
AFB. Schmelitz, Donnerstag, den 18. Juni,
abends 6 Uhr im „Schwarzen Hof“, Freitag,
abends 8 Uhr, findet eine Gruppenführer-
versammlung um 7.30 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht
von der Schulung, 2. Die politische Lage
und andere Angelegenheiten, 3. Uniform- und Mit-
gliedsfrage. — Samstag, den 20. Juni, Freitag,
abends 8 Uhr, findet eine Gruppenführer-
versammlung. Treffpunkt im Zentrum der RFB.
Jeder Raucher muß persönlich an dem
Sammelpunkt, Keller Langstrasse, sein.
— Der Rest Jungparade ist verpflichtet, an
allen Versammlungen teilzunehmen.
CAF. Freitag, den 19. Juni, abends 7.30 Uhr,
Mitglieder-Versammlung im „Schwarzen Hof“,
Eisenstraße.
Freitag, Eisenstraße, den 19. Juni. Mitglieder-
versammlung im „Schwarzen Hof“, Eisen-
straße. — Treffpunkt Eisenstraße 19. 7.30.
Freitag, Eisenstraße. Der gesamte
Rauchergruppenabend am Samstag, den
20. Juni, im „Schwarzen Hof“ findet
eine wichtige Gruppenführer-
versammlung statt. Treffpunkt im
Zentrum der RFB. — Der Rest Jungparade
ist verpflichtet, an allen Versammlungen
teilzunehmen.
AFB. Ortsgruppe Ucker und Landeshut, Sonn-
abend, den 20. Juni, abends 10 Uhr, findet eine
commodore Sommerabend in Reichshaus-
haus statt. Anwesenheit wird den Ortsgruppen
betont gegeben. Sommerabend, Partei-
gruppen, Jugendgruppen möchten sich daran
für gütlich beteiligen.
AFB. Schmelitz, Donnerstag, den 18. Juni,
abends 6 Uhr im „Schwarzen Hof“, Freitag,
abends 8 Uhr, findet eine Gruppenführer-
versammlung um 7.30 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht
von der Schulung, 2. Die politische Lage
und andere Angelegenheiten, 3. Uniform- und Mit-
gliedsfrage. — Samstag, den 20. Juni, Freitag,
abends 8 Uhr, findet eine Gruppenführer-
versammlung. Treffpunkt im Zentrum der RFB.
Jeder Raucher muß persönlich an dem
Sammelpunkt, Keller Langstrasse, sein.
— Der Rest Jungparade ist verpflichtet, an
allen Versammlungen teilzunehmen.
CAF. Freitag, den 19. Juni, abends 7.30 Uhr,
Mitglieder-Versammlung im „Schwarzen Hof“,
Eisenstraße.
Freitag, Eisenstraße, den 19. Juni. Mitglieder-
versammlung im „Schwarzen Hof“, Eisen-
straße. — Treffpunkt Eisenstraße 19. 7.30.
Freitag, Eisenstraße. Der gesamte
Rauchergruppenabend am Samstag, den
20. Juni, im „Schwarzen Hof“ findet
eine wichtige Gruppenführer-
versammlung statt. Treffpunkt im
Zentrum der RFB. — Der Rest Jungparade
ist verpflichtet, an allen Versammlungen
teilzunehmen.

Jung-Spartakusbund
Breslau. Alle jungen Genossen und Genossinnen,
die jetzt in den Ferien zur Verfügung sind,
sollten sich am Samstag, den 20. Juni, um
7.30 Uhr im Café Langstrasse, Be-
nauze 55/57, treffen. Tagesordnung: 1. Bericht
von der Schulung, 2. Die politische Lage
und andere Angelegenheiten, 3. Uniform- und Mit-
gliedsfrage. — Samstag, den 20. Juni, Freitag,
abends 8 Uhr, findet eine Gruppenführer-
versammlung. Treffpunkt im Zentrum der RFB.
Jeder Raucher muß persönlich an dem
Sammelpunkt, Keller Langstrasse, sein.
— Der Rest Jungparade ist verpflichtet, an
allen Versammlungen teilzunehmen.

Kommunistische Jugend
Breslau. Samstag, den 20. Juni, abends 7 Uhr,
Mitglieder-Versammlung im Café Langstrasse,
Benauze 55/57. Tagesordnung: 1. Bericht
von der Schulung, 2. Die politische Lage
und andere Angelegenheiten, 3. Uniform- und Mit-
gliedsfrage. — Samstag, den 20. Juni, Freitag,
abends 8 Uhr, findet eine Gruppenführer-
versammlung. Treffpunkt im Zentrum der RFB.
Jeder Raucher muß persönlich an dem
Sammelpunkt, Keller Langstrasse, sein.
— Der Rest Jungparade ist verpflichtet, an
allen Versammlungen teilzunehmen.

Gewerkschaften
Breslau. Samstag, den 20. Juni, abends 7 Uhr,
Mitglieder-Versammlung im Café Langstrasse,
Benauze 55/57. Tagesordnung: 1. Bericht
von der Schulung, 2. Die politische Lage
und andere Angelegenheiten, 3. Uniform- und Mit-
gliedsfrage. — Samstag, den 20. Juni, Freitag,
abends 8 Uhr, findet eine Gruppenführer-
versammlung. Treffpunkt im Zentrum der RFB.
Jeder Raucher muß persönlich an dem
Sammelpunkt, Keller Langstrasse, sein.
— Der Rest Jungparade ist verpflichtet, an
allen Versammlungen teilzunehmen.



Das Haus
der
**guten Stapel-
Qualitäten!**
Das Haus
der
billigen Preise

Arthur Czielesky
empfehlen
Kolonialwaren, Weine
Zigarren, Zigaretten, Tabak
Vorwerkstr. 62, Ecke Lützowstr.

Weißt neue Leser!

Der kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD.

Verlagsgesellschaft Internationaler Arbeiter
aufhalten GmbH, Berlin SW 61, Postfach 17

„Heran an die Millionen Genossenschaftsmitglieder“ unsere bolschewistische Parole.

Wir entnehmen diesen Artikel der soeben erschienenen Mai-Nummer der „Genossenschaft im Klassenkampf“, Bulletin der Kooperations-Sektion des KPD. Die Redaktion.

Die alte Parole des III. Weltkongresses 1921 der Komintern „Heran an die Massen!“, um die Mehrheit der ausschlaggebenden Schichten des Proletariats für die kommunistische Bewegung zu gewinnen, wurde erneut auf der Erweiterten Exekutive der Komintern im März und April 1925 bei Behandlung der Frage der Bolschewisierung und der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse an erste Stelle gesetzt. Die Lösung der Bolschewisierung der Parteien der Komintern, auf eine ganz allgemeine Formel gebracht, bedeutet die Schaffung einer proletarischen revolutionären Massenbewegung unter dem Banner der „Neuen Marx und Lenins“ heißt es in dem Thesenentwurf des Gen. Sekretärs über die Bolschewisierung der Parteien der Komintern. Die wesentlichste bolschewistische Arbeit ist also diejenige in den bestehenden Massenorganisationen des Proletariats. Die Exekutivkommission hat daher mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß es unerlässlich ist, seitens der kommunistischen Parteien, in den bestehenden Massenorganisationen systematisch zu arbeiten.

Im Vordergrund steht dabei natürlich die Gewerkschaftsarbeit. In Bezug auf diese Arbeit wurde ausdrücklich festgestellt, daß selbst in den allerreaktionärsten Gewerkschaften die kommunistischen Mitglieder sein müssen und in ihnen zu arbeiten haben. Dieser Arbeit müsse hundertmal mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden als bisher, denn erst dann, wenn in den Massenorganisationen der jetzigen Einfluss des Reformismus bekämpft und beseitigt wird, können die vorhandenen proletarischen Massenorganisationen im Klassenkampf aktiv mitwirken.

Aber die Gewerkschaften sind nicht die ausschließliche Organisationsform, in der die kommunistische Arbeit unter den Massen zu leisten ist, denn auch die anderen Massenorganisationen haben eine gewaltige revolutionäre Zukunft. So liegt es auf der Hand, daß auch in den 100 000 Genossenschaftsorganisationen, in denen heute über 40 Millionen proletarischer Haushalte organisiert sind, die Parole „Heran an die Massen!“ endlich und unbedingt in allen Parteien der Komintern zur Anwendung kommen muß. Wenn schon die bisherige Arbeit in den Gewerkschaften als ungenügend gilt, so war die Arbeit in den Genossenschaften noch um das Vielfache ungenügender. Verhärtung und Vertiefung der kommunistischen Genossenschaftsarbeit ist jedoch mit einer der wichtigsten Erfordernisse zur Erfüllung der Lösung: „Heran an die Massen!“

Aus den Berichten, die der Erweiterten Exekutive erstattet wurden über die Organisation kommunistischer Fraktionen innerhalb der parteilosen Arbeiterorganisationen, geht hervor, daß jetzt bereits in zahlreichen Ländern Ansätze zur systematischen Genossenschaftsarbeit vorhanden sind; nicht mehr nur in Deutschland und Frankreich, sondern auch in England, Schweden, Norwegen, Schwiz, Polen, Estland und Norwegen. Aber noch in keinem einzigen der kapitalistischen Länder betrachten und betreiben unsere Parteien die Genossenschaftsarbeit wirklich als einen wesentlichen Bestandteil ihrer allgemeinen Parteiarbeit. Auf der im März stattgefundenen Organisationskonferenz der Komintern wurde jetzt mit besonderem Nachdruck gerade auf die Fellenarbeit in den Genossenschaften hingewiesen und die höchste Priorität betonte in einem Artikel deren große Wichtigkeit.

Innerhalb der Genossenschaftsbewegung gibt es unzählige praktische Fragen, an die wir anknüpfen können, um in den Reihen der dort organisierten Massen die Anwesenheit des Reformismus zu zeigen und sie von der Notwendigkeit, alle Kräfte der Arbeiterklasse auf die Vorbereitungen zum Sturz des Kapitalismus zu konzentrieren, zu überzeugen. Hunderttausende proletarischer Konsumenten können durch planmäßige und systematische Genossenschaftsarbeit unserer kommunistischen Parteien, durch Anknüpfung an die diesen Massen nächstliegenden Probleme der Feuerung und der genossenschaftlichen Preispolitik, durch Aufstellung wohlüberdachter, konkreter bolschewistischer Forderungen für alle Seiten des genossenschaftlichen Wirtschaftslebens in den Bezirken der proletarischen Revolution elngereicht werden, an dessen Spitze, als Avantgarde, die kommunistische Arbeiterschaft marschiert.

Die Genossenschaftsbewegung bringt die kommunistische Arbeit vor allem auch heran an solche Massen, die sonst schwer zu erschaffen sind: an die proletarischen Hausfrauen. Unter ihnen ist bislang die Arbeit der Kominternsektionen nicht so erfolgreich, wie es notwendig wäre. Wir wissen, was es bedeutet, ungenügende Verbindung zu haben mit der Masse der Frauen und wie notwendig es ist, die proletarischen Frauen zur aktiven Arbeit heranzuziehen. Während wir an diese proletarischen Hausfrauen weder im Betrieb noch in der Gewerkschaft heran kommen, sind sie in Masse in den Genossenschaften organisiert, wo sie glauben, den Kampf gegen Zucker und Feiern zu führen. Dort werden sie von der sozialdemokratischen Genossenschaftsbürokratie mit reformistischen Ideen umarmt, bekommen Millionen einestrichig, wonach es die „genossenschaftliche Moralität“ ohne Kampf und Revolution, allein durch die Genossenschaften die kapitalistische Wirtschaft durch eine sozialistische ersetzen.

In den Genossenschaften finden wir auch jene Schichten des Kleinbürgertums die zu den mächtigsten Verbündeten des Proletariats in der Revolution werden und die heute zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie hin und her schwanken. Wie der Leninismus in Russland es verstanden hat, das Maßmaß von Arbeiterklasse und Bourgeoisie gegen den Parasiten heraus zu stellen ist es in den Ländern der West- und Osteuropas auch noch andere dort in Betracht kommende Wirtschaftsklassen zu verbinden und das Proletariat zu stärken.

oder sie zu neutralisieren. Gerade in den Genossenschaften finden wir solche Schichten organisiert: die kleinen und mittleren Beamten, die staatlichen und städtischen Angestellten, die Lehrlinge und Handelsangestellten, denen die strikte Klasseneinstellung fehlt, und die sich je nach den Verhältnissen auf die eine oder andere Seite der kämpfenden Klassen schlagen. Die Exekutivkommission hat neuerdings ausdrücklich darauf hingewiesen, daß „unter gewissen Umständen diese Schichten hier und da sogar eine Rolle spielen können, die mehr oder weniger jener Rolle analog sein wird, die die Bauernschaft Rußlands in gewissen Stappen der proletarischen Revolution gespielt hat.“

Das Studium des schwierigen Problems, welches für die kommunistischen Parteien die Politik und das Verhalten gegenüber der Bauernschaft bildet und mit dem sich die letzte Session der Erweiterten Exekutive eingehend befaßt hat, führt geradezu zwangsläufig auf die Notwendigkeit der Beachtung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung. Wenn wir nach den ökonomischen Organisationen der Bauern Umschau halten, in denen es durch leninistische Politik möglich ist, große Bauernschaften dem Einfluß der Großagrarier und Pfaffen zu entziehen, so finden wir in erster Reihe das weitverzweigte System der landwirtschaftlichen Genossenschaften verschiedenster Art. Durch Anknüpfung an die Alltagsorgen der kleinen und mittleren Bauernschaft, durch Aufstellung konkreter kommunistischer Forderungen in Steuer- und Kreditfragen, in Fragen der Regelung der Bodenbesitzverhältnisse — Fragen also, die stets auf die Lageordnung der Landwirtschaftsgenossenschaften gehören — kann diesen Bauernschaften die Gegenüberstellung zwischen ihren Interessen und der Politik des kapitalistisch-agrarischen Staates klar gemacht werden. In Anknüpfung an solche Kampfbedingungen können die breiten Massen der Bauernschaft zu bewußten Verbündeten des Proletariats in seinem Klassenkampf gegen das Kapital gemacht werden.

Auch für die kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften, insbesondere in unserem Kampfe um die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung, kann die Genossenschaftsfrage eine wesentliche Rolle spielen. Die letzten letzten KPD-Kongresse haben in ihren Genossenschaftsentscheidungen eine Fülle praktischer Fragen aufgeworfen, die sowohl für den Gewerkschaftler als für den Genossenschaftler von größter Wichtigkeit sind und die eine genaue Grundlage für eine gesteigerte Aktivität innerhalb beider Organisationen nach derselben Richtung und zum selben Ziele geben. Speziell in der Frage der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung kann durch die Genossenschaften, die in ihrer internationalen Genossenschaftsallianz in London eine einheitliche, auch die revolutionären Genossenschaften Sowjetrußlands einschließende internationale Genossenschaftsorganisation haben, praktisch fördernde Arbeit geleistet werden. Bereits sind Anträge der russischen Genossenschaften auf dem letzten Internationalen Genossenschaftskongress im September 1924 in Genf eingebracht worden, die gegenseitige Verbindung in praktischen Fragen verlangen und die durch die Genossenschaften unterstützt werden müssen.

All diese unmittelbaren Möglichkeiten und Aufgaben der kommunistischen Genossenschaftsarbeit müssen von den führenden Organen der kommunistischen Parteien voll bewertet werden. Bereits am 31. Oktober 1924 haben Organisationsbüro und Kooperationssektion der Exekutive der Komintern in einer gemeinsamen Resolution praktische Anweisungen zur genossenschaftlichen Arbeit gegeben. Es kommt nun darauf an, daß in allen Ländern die kommunistischen Parteien eintrefflich an die Durchführung dieser Beschlüsse gehen. Die erste Voraussetzung ist, daß jeder Kommunist in einer Genossenschaft organisiert ist und in seiner Genossenschaftsarbeit aktiv mitarbeitet. Der Parteibereich hierzu ist auf den drei letzten Weltkongressen gegeben. Es besteht kein Zweifel darüber, daß in der letzten politischen Situation, in der sich die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern befinden und bei der Verhältnisse, die die Erweiterte Exekutive gegeben hat, die Genossenschaftsarbeit an praktischer Bedeutung im Rahmen der kommunistischen Parteiarbeit gewinnt. Bei dem langsamen und schleppenden Entwicklungsgang der Revolution ist es für die Kommunisten, in der praktischen und unerlässlichen Arbeit des Tages sich zu beweisen. In der Aufnahmephase an die Tagesinteressen und Tagesforderungen der beteiligten Schichten der Arbeitermassen erlaubt sich für die kommunistischen Parteien gerade innerhalb der Genossenschaftsbewegung die Möglichkeit, viele noch rückständige Arbeiter für die kommunistische Politik zu gewinnen, ihnen die kommunistischen Ziele und Kampfmethoden vor Augen zu führen, Massen zu mobilisieren und sie in ihrem Erziehen und Preiselastambly unter kommunistische Führung zu bringen. In den Hunderttausenden Genossenschaftlichen steht tatsächlich die Frage der Feuerung und des Kampfes um die Erziehung im Vordergrund. In dem Konsumladen, wo die proletarischen Hausfrauen billige Lebensmittel finden wollen, und in den Genossenschaftsveranstaltungen, wo sie an den sozialdemokratischen Genossenschaftsleitern Kritik hören, weil sie im praktischen Beispiel den Schwund des Genossenschaftsreformismus vor Augen haben, überall dort, wo der Arbeiter mit seinen Tagesfragen auftritt, müssen wir Kommunisten dabei sein und den Massen den Weg des Reformismus und den notwendigen Weg der Revolution aufzeigen.

In dem Prozeß, in dem sich jetzt die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern zu wirklich bolschewistischen Parteien wandeln, ist ohne Zweifel die Arbeit in der Genossenschaftsbewegung von weitestlicher Bedeutung. Unter den Parolen zur Politisierung der Parteien steht dabei auch die Parole:

Heran an die 40 Millionen Genossenschaftsmitglieder!
mit im Vordergrund. Alle kommunistischen Parteien und lokalen Parteiorganisationen müssen sich in der Genossenschaftsfrage endlich ihre Pflicht tun und auch hier den Weg des Reformismus gehen.

Nach den Steuern — die Schutzölle

Noch hat der Reichstag die geplanten Steueränderungen nicht unter Dach und Fach gebracht, und schon legt die Regierung die neuen Schutzölle vor. In dem Land...

Brot, Eisen und Kartoffeln

vorgehen. Aus den wichtigsten Nahrungsmitteln der Bevölkerung will künftig die Bourgeoisie die Kosten zur Durchführung des Dawes-Planes herausquetschen. Der Hungerriemen der wertvollen Bevölkerung soll noch enger geschnitten werden.

In dieser Situation erklärte der Vertreter des Konsumverbandes auf dem mitteldeutschen Genossenschaftstag, daß die Genossenschaftsfraktionen in der Steuer- und Schutzölfrage eine wichtige Rolle spielen sollten und diese Frage auf dem Genossenschaftstag nicht behandelt werden braucht.

Genossenschaftsmitglieder! Verlangt sofort in allen Konsumvereinen die Einberufung von großen Protestversammlungen gegen die Steuer- und Schutzölpläne der Regierung, fordert, propagiert und organisiert den gemeinsamen Kampf der Genossenschaften, Gewerkschaften und KPD. Dadurch können die Steuer- und Schutzölpläne der Regierung zurückgeworfen werden.

Genossenschaftstag Stettin und internationaler genossenschaftlicher Propagandatag.

Die Berichte von den Unterverbandsstagen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine liegen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Trotzdem ist es klar, daß es auch in diesem Jahr in Mitteldeutschland, Sachsen, Thüringen, Württemberg und Rheinland-Westfalen zu lebhaften Auseinandersetzungen mit der Genossenschaftsbürokratie kommen wird.

Der diesjährige ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes ist für den 15. bis 17. Juni nach Stettin einberufen. Die Genossenschaftsbürokratie hofft, durch die Ausschüsse sowie auf dem diesjährigen Genossenschaftstag die Opposition los zu sein. Nur, wenn die Genossenschaftsmitglieder in allen Konsumvereinen die Einberufung von Mitgliederversammlungen fordern, und dort die Delegierten zum Genossenschaftstag selbst wählen, werden in Stettin Beschlüsse gefaßt zum Nutzen der Konsumvereinsmitglieder und des proletarischen Klassenkampfes.

Die internationale Genossenschaftsallianz in London hat den diesjährigen Internationalen Propagandatag für den 4. Juli festgesetzt. Während in allen Ländern die Genossenschaften schon jetzt Vorbereitungen für den Propagandatag treffen, versucht die deutsche Genossenschaftsbürokratie auch in diesem Jahr den Propagandatag zu sabotieren. Alle Kommunisten und klassenbewußten Konsumvereinsmitglieder müssen in den Generalversammlungen, Mitgliederversammlungen, Verteilungstellen-Versammlungen und Aufsichtsräten verlangen, daß der internationale genossenschaftliche Propagandatag am 4. Juli zu einem genossenschaftlichen Kampftag gemacht wird und große Protestversammlungen und Demonstrationen veranstaltet werden.

Delegierte zum Genossenschaftstag in Stettin!

Alle gewählten kommunistischen Delegierten zum 22. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 15.—17. Juni in Stettin müssen sofort ihre Adresse angeben an:
Zentrale der kommunistischen Partei, Berlin C. 51, Posthalter Straße 35 (Post-Sekretariat).

Lenin: Ueber das Genossenschaftswesen

Jeder Kommunist liest die soeben erschienene Broschüre Lenins über das Genossenschaftswesen, 104 Seiten, 70 Pfennig. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und den Allgemeinen Genossenschaftsverlag, Berlin-Friedrichshagen.

Verantwortlich: Schönbach, Berlin.
Gedruckt in der Reichshauptstadt-Druckerei, Berlin, Friedrichstraße 110.

Waldenburg

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands, Bes. Schichten.
 Sonntag, den 21. Juni, findet in Ren-Salzhümm (Post-
 Bad-Salzhümm) bei Waldenburg unter
 Bezirksauswahl
 statt. Soweit die Ortsgruppen und Unterbezirke die
 Delegierten noch nicht gemeldet haben, muß das sofort an
 die Adresse der Bezirksleitung geschrieben.
 A.D. Bezirk Schichten, Sekretariat.

Das Klassenurteil gegen Genossen Rötter Ein neues Opfer der SPD-Dennunzianten

In den Dezemberwahlen 1924 wurde ein Flugblatt heraus-
 gegeben, welches zur Erwiderung auf die von Seiten der SPD-
 sowie der „Bergwacht“ schamlos betriebene Hege gegen ein
 seine unferer führenden Genossen dienen sollte. Dieses Flug-
 blatt, für das Genosse Rötter verantwortlich zeichnete, enthält
 in erster Linie Anschuldigungen gegen den ehemaligen Arbeit-
 sekretär, jetzigen „Rechtsbalanten“ Herrn Alfred Schnerl —
 Derselbe ermittelte nach Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.
 Dem Staatsanwalt schloß sich Schnerl als Nebenkläger an.
 Die erste Verhandlung, die zwecks Aburteilung neuer Zeugen
 vertagt wurde, warf ein Schlaglicht auf die Zustände, die in
 den einzelnen Sekretariaten des Bergarbeiterverbandes herrschen.
 Dr. Schnerl ging sogar so weit, daß er vor Gericht dem Richter
 gegenüber erklärte, die Cadung seines ehemaligen Kollegen
 liegt noch amtierend als Bergarbeitersekretär. Beder sei
 nicht notwendig, denn den nahme ja so viele nie-
 mand ernstlich —

Der Termin wurde vertagt. Und so stand fest am 11. Juni
 Genosse Rötter erneut vor dem Gericht.

Während Schnerl schon in der ersten Sitzung Wert darauf
 legte, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen werde, verlangte Ge-
 nosse Rötter genau wie in der ersten Sitzung, Zulassung
 der Öffentlichkeit. Dieser Antrag wurde zur sicht-
 lichen Freude des Herrn ehemaligen Arbeiterssekretärs Schnerl
 abgelehnt.

In der Beweisaufnahme wurde Herrn Schnerl alle An-
 schuldigungen bis auf einen Punkt nachgegeben. Herr Schnerl
 stellte alles nur als „Schern“ hin! Herr Schnerl muß ja
 als Arbeitersekretär häufig viel Zeit übrig gehabt haben, wenn er
 sich von der Frau des Bergarbeitersekretärs Beder auf einen
 Zettel die Unterschrift geben läßt, um dann nachträglich darauf
 zu schreiben, daß Frau Beder ihm den Befehl erteilt habe,
 hat. — Daß aber die Sache dem doch nicht so überglatt war,
 behauptete selbst Herr Beder vor Gericht, indem er erklärte,
 daß er über Schnerl sehr erzürnt gewesen sei. Ebenso ver-
 hielt es sich bei den anderen Punkten! Bei dem Staatsanwalt
 fand jedoch Herr Schnerl mehr Verständnis für seine, in der
 Eigenhaft als Arbeitersekretär vollzogenen „Schern“! — Dem
 Staatsanwalt behauptete Herr Schnerl, daß die Dinge nur
 als Schere aufzufassen sind, und beantragte gegen Genossen
 Rötter 4 Monate Gefängnis. Tragend der Rolle in
 sowie Rehabilitation des Urteils. Herr Schnerl, der
 als Rechtsbalancer reichlich zu Worte kam, wollte doch absolut
 Strafmäßigkeit, und er gefiel sich in der Rolle des Kommun-
 nistenfeindes. „Ob er richtig kalkuliert hat?“ — „Ich bin froh“,
 so erklärte Schnerl vor Gericht, „seit 8 Jahren nicht nur einem
 der ersten gewesen zu sein, die die Kommunisten am meisten
 besänftigt haben.“ Die Kommissionen, so erklärte er, arbeiten
 nur mit Lug und Trug! — Und Sie, Herr Schnerl, mit
 „Schern“ — Sie bei Frau Beder ufm. — Der Verteidiger des
 Genossen Rötter, Herr Rechtsanwalt Sohn-Waldenburg
 wies an Hand der geäußerten Beweisaufnahme nach, daß alle
 Anschuldigungen außer einer (Vertraglichkeits) bewiesen sind.
 Trotzdem kam das Gericht zu dem unerhörten fatalen Urteil.
 Herr Schnerl und die SPD, dürfen sich jedoch bis dahin
 freuen, wieder einen Kommunisten zur „Straf“ gebracht zu
 haben. Die Arbeiterkassen Waldenburgs weiß, was sie von
 dem Schrecken Herrn Schnerl zu halten hat.

Ein kleiner Beitrag zu dem großen Kapitel aus dem Waldenburger Hungerland

Ein Verwandter von mir erhebet seit 30 Jahren an Bergbau.
 Die letzte Zeit bekam er 320 Schichtlohn. Vor ungefähr einem
 Vierteljahr wurde er krank und bekam 11 Mark Krankengeld.
 Da kein Geld, Rheumatismus immer schlimmer wurde, wurde
 er von der Kasse nach Warmbrunn geschickt. Die Familie erhielt
 jetzt monatlich 130 Mark Krankengeld zugesandt. Für diesen
 130 Mark mußten die Frau und drei Kinder unter 14 Jahren
 leben. Ich möchte mir in aller Bescheidenheit die Frage an die
 Herren Krankenkassen stellen, die immer über die hohen Gebüh-
 ren erlauben, es einer von ihnen auch ein solches Krank-
 geld von 130 Mark 4 Mark zu erheben, fertig bekommen
 würde. Selbstverständlich sind der Bediensteten der „Bergwacht“
 die im Interesse des Krankentums den Kampf nur gegen die
 Kommunisten führt, diese Faktoren unerwähnt. Die „Berg-
 wacht“ hat bis jetzt in all diesen Verhältnissen geschwiegen.
 Dafür bringt sie jede Woche Artikel des sozialdemokratischen
 Blattes über das „hungernde“ Ruhrland. Wir ruhen
 nicht. Herr Rindmann zu auch Herrn Oberst ist nicht
 müde um das hungernde Deutschland zu kümmern.

Waldenburg-Mittwoch. Höhere Schandflecken-
 genen verlangte der Hund- und Grundbesitzer in seiner
 letzten Sitzung. Es wurde dabei die Behauptung aufgestellt,
 daß seit Eröffnung der Anstalt einmündigen im verunglückten
 daß die Güter derselben nicht mehr erhöht werden sind. Die
 Preise aber für Baumaterialien sich vermindert hätten.

Es mag sein, daß die Mieten bei den Hungerlöhnen auch in
 der Lage sind, höhere Mieten zu zahlen, tragen die Hausbe-
 sitzer natürlich nicht. Sie denken nur an den Profit der eigen-
 nen Sache und aber an das Wohl der Allgemeinheit. Anders
 haben wir es auch niemals erwartet. Das Wort „Wohl der
 Allgemeinheit“ ist lediglich ein Schlagwort, das den Arbeitern in die
 Augen getrieben wird, wenn es gilt, sie für die Interessen der
 Kapitalisten einzusetzen.

Waldenburg. Das öffentliche Schwimmbad ist wegen
 Anstandsgründen und einigen Betriebsstörungen bis auf
 weiteres geschlossen worden.

Waldenburg. Goldene Medaille für Seeliger.
 Auf der Ausstellung in Konstanz in Gedenken an die Firma
 Johann Seeliger für Schiffsbau und seine spirituellen die goldene
 Auszeichnungsmedaille und einen Ehrenpreis. Die herrliche
 Medaille besaß Schöne, Maß und Schöngestaltung, um ha-
 durch die Auszeichnung der Angehörigen von Waldenburg
 abzulenken. Aber noch gibt es genügend Beispiele, die sich durch
 vernünftige Mittel nicht erlangen lassen, und trotz und trotz
 ihnen in jeder Zeit und überall an den Kampf gegen die
 Kapitalisten denken.

Bad Salzbrunn. Illumination. Am Samstagabend fand
 ein Bad eine Karnevalsfeier statt. In den Straßen und
 Hinterhöfen — Heizer, Arbeiter und abgerissene Damen
 tanzten. Das Bad — herrliche Illuminationen, Musik,
 Scherz, Tanz und Spiel. Dieser Sonntag zeigt das weisse
 Licht der in Waldenburg herrschenden Zustände.

Offener Brief an den Magistrat der Stadt Breslau und an den Herrn Oberbürgermeister Dr. Wagner, Breslau

Am 5. Mai d. J. tagte im Schiedsverderaal zu Breslau
 eine von etwa 2000 Personen besuchte Erwerbslosen- und
 Notstandsarbeiterversammlung, die sich mit der Rolle befahte,
 die der zurzeit amtierende Erwerbsloserrat in Breslau spielt.
 Es dürfte auch dem Magistrat und dem Herrn Oberbürgermeister
 nicht unbekannt sein, daß gegen den Erwerbsloserrat und ganz
 besonders gegen die Herren Rahmisch und Malina in
 den Reihen der Erwerbslosen seit längerer Zeit stärkstes Miß-
 trauen besteht. Es ist den Erwerbslosen von Breslau un-
 verständlich, wobei die Mitglieder des Erwerbsloserrates die Mittel
 nehmen, mit denen sie ihr flottes Leben bestreiten. Darüber
 hinaus gehen auch Gerüchte herum, daß diese Gelder aus
 sehr dunklen Quellen stammen.

Es wäre deshalb Pflicht des Magistrats, sofort einzu-
 greifen und festzustellen, was an solchen Behauptungen wahr-
 ist. Aber es berührt die Erwerbslosen eigentümlich, daß der
 Magistrat nichts dagegen einzuwenden hat, daß ein Teil der
 jetzigen Mitglieder des Erwerbsloserrates bereits fünf Jahre
 amtiert, während anderen Erwerbsloserratsmitgliedern nach
 kurzer Zeit Arbeit verschafft worden ist, besonders dann, wenn
 sie sich für das Schicksal der Erwerbslosen eingesetzt haben
 und das Vertrauen der Erwerbslosen genießen.

Die am 5. Mai d. J. im Schiedsverderaal stattgefundene
 Erwerbslosen- und Notstandsarbeiterversammlung hat dem Er-
 werbsloserrat das stärkste Mißtrauen ausgesprochen und vom
 Magistrat die Ausschreibung von Neuwahlen verlangt. In
 dieser Versammlung wurde außerdem eine Kommission von
 fünf Erwerbslosen gewählt, die zum Zweck der Begründung
 des Beschlusses in der Erwerbslosenversammlung mit dem Ma-
 gistrat Rücksprache nehmen soll. Diese Kommission hat sich
 durch Schreiben vom 6. 5. beim Oberbürgermeister Dr. Wagner
 angemeldet, aber bis zum heutigen Tage haben weder Sie,
 Herr Oberbürgermeister, noch der Magistrat, den Erwerbslosen

eine Antwort zukommen lassen. Wir Erwerbslosen sind deshalb
 gezwungen, uns an die breite Öffentlichkeit zu wenden und
 stellen hiermit an Sie, Herr Oberbürgermeister, und an den
 Magistrat, öffentlich folgende Anfrage:

1. Ist Ihnen bekannt, daß unter den Erwerbslosen in
 Breslau ein starkes Mißtrauen gegen den jetzigen Er-
 werbsloserrat besteht und daß dieses Mißtrauen seine
 Ursachen und seine Begründung hat?
2. Ist Ihnen bekannt, daß ein Teil der Erwerbsloserrates
 ein nach bürgerlichen Begriffen leichtes Leben führt und
 das zweifellos mit großen Gehaltsausgaben verbunden ist?
3. Wie kommt es, daß ein Teil der Erwerbsloserratsmit-
 glieder schon fünf Jahre im Amt ist, während in anderen
 Fällen nachgewiesen ist, daß solchen Erwerbslosen, die
 in den Erwerbsloserrat hineingewählt wurden, so schnell
 wie möglich Arbeit beschafft wird?
4. Dedit der Magistrat und der Herr Oberbürgermeister das
 Verhalten des Erwerbsloserrates? Ist der Magistrat
 und der Herr Oberbürgermeister informiert über das
 Verhalten der Herren Rahmisch, Malina, S. G. H. M.
 Trag in Stegmig am 19. April 1925? Wenn nicht, so
 verweisen wir auf Veröffentlichung in der „Schlesischen
 Arbeiter-Zeitung“ vom 20. April 1925.
5. Ist der Herr Oberbürgermeister und der Magistrat bereit,
 sofort dem Verlangen der Erwerbslosen nachzukommen
 und die fälligen Neuwahlen auszuschreiben?

Die Kommission erwartet, daß der Magistrat und der
 Herr Oberbürgermeister sie zum Zweck der Begründung zu einer
 Besprechung empfangt und erklärt, daß sie zur Verhandlung
 jederzeit zur Verfügung steht.

Im Auftrage der Kommission:
 Karl Schornstein, Breslau, Hummerlei Nr. 32.

Dittmannsdorf. Bergfliege Hühner. Vor einigen
 Tagen ging sämtlicher Flügelbestand des Bergfliegen Schlie-
 ben ein. Als man im Magen der verendeten Tiere nach den
 Ursachen des plötzlichen Todes suchte, fand man darin bergfliege
 Weizenkörner. Einzelne vergiftete Körner fand man auch im
 Grobe des Grundstückes. Es ist dies bereits der dritte Fall
 in der Gemeinde, wo das Geflügel auf diese gemeine Art un-
 gebracht wird.

Wüstgeiersdorf. Fahrradunfall. Ein Reisender aus
 Müllersberg fuhrte infolge Bruches der Lenkstange auf der
 abfälligen Chaussee und erlitt schwere Verletzungen. In be-
 stimmungslosem Zustand mußte er in das Krankenhaus gebracht
 werden.

Freitag, den 19. Juni abends 8 Uhr öffentliche Ver-
 sammlung in der Gemeindegemeinde. Thema: Das Elend im
 Waldenburger Hungerland.

Breslau

Christentum und Kommunismus

Ueber dieses Thema herrscht selbst in den Kreisen linken-
 beherrschter Arbeiter noch außerordentlich viel Unklarheit. Während
 ein großer Teil Arbeiter in totaler Verneinung der Dinge das
 Christentum mit dem Kommunismus identifiziert —
 obwohl Kommunismus und Christentum sich weitestgehend ver-
 halten wie Feuer und Wasser — behaupten sich viele Pro-
 letarier, welche Christentum und Kirche ablehnen, noch im Grunde
 fleißigsten sozialdemokratischen Ideologen.

Auch hier zeigt sich die sozialdemokratische Ideologie
 als ein Gebilde, von der sich das Proletariat noch nicht be-
 freit hat. Das zeigt sich besonders in Gebieten wie Breslau,
 wo die Sozialdemokratie noch eine dominierte Stellung ein-
 nimmt.

Zusklärung ist in dieser Frage dringender. Die Kommu-
 nistische Partei hat daher für Freitag, abends

eine öffentliche Volks-Versammlung

nach den Zentralballfäden, Behrenstr. mit dem Thema
Freidenkertum, Christentum und Kommunismus

einberufen. Es gelang der Partei, als Referenten den Ge-
 nosse

Dr. Rosenbergs-Berlin

zu gewinnen, der den deutschen Arbeiter als außerordentlich
 rührerhaft und kenntnisreicher Redner bekannt ist.

Ein kleiner Redner im Reichstag hat Genosse Rosenbergs
 großes Ansehen erlangt. Selbst die fanatischen Feinde der
 kommunistischen Partei müssen die hohe Geschicklichkeit, die große
 Beredsamkeit und die überlegene politische und wirtschaft-
 lichen Kenntnisse unseres Genossen anerkennen.

Auch den Breslauer Genossen ist Dr. Rosenbergs durch keine
 Beiträge zu seiner Erinnerung. Die Versammlung am Freitag
 vertritt eine außerordentlich interessante Sache.

Unsere Genossen müssen besonders in den Kreisen proletar-
 ischer Freidenker, die durch die Reichstagswahl die
 Augen über die SPD geöffnet wurden, Propaganda für die
 Versammlung machen und ihre Arbeitskollegen und Freunde
 muntert werden.

Genossen laßt für Ballabende!

Pohlmann soll an Strafanstalt Rietzfelde verhaftet werden

Die kommunistische Einheitsratskommission hat folgenden
 Dringlichkeitsbescheid erlassen:

Die Einheitsratskommission hat beschlossen, dem
 Schicksal des Magistrats vom 13. Juni 1925, das Gut Pohlmann
 an den bisherigen Eigentümer Konrad Jansberg zu ver-
 kaufen, nicht zuzustimmen.

Die Mitglieder des Gut Pohlmann sind der Beschlus-
 sverletzung Strafanstalt Rietzfelde 21 unter demselben Be-
 dingungen, wie für den Beschlusstrafrechtlich, 600 Mark
 a 30 Mark Busch mit sämtlichen Kindern und deren Unter-
 halt, zur Haft verpflichtet. Sie sind Abweisung der Beschlus-
 sverletzung in ernante Verhandlungen mit dem bisherigen
 Eigentümer einzutreten oder die Bestrafung in öffentlichen
 Anstalten zu ergehen.

Aus der Partei

AGD. Freitag, abends 7 Uhr treffen sich die Kameraden
 im Marschgang auf dem Rennmarkt. Spielleute
 müssen auch erscheinen.

An alle Ortsgruppen des Unterbezirks Griesgau

Sonntag, den 21. Juni, findet in Gollensdorf eine Unter-
 bezirkskonferenz statt, zu der alle Ortsgruppenleiter unbedingt
 erscheinen müssen. Treffpunkt vormittags 9 Uhr im Sozial-
 Kaffeehaus. Anträge der einzelnen Ortsgruppen zum Bezirk-
 parteitag sind vor der Konferenz an den Unterbezirksleiter
 abzugeben. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß sich
 die Ortsgruppen zahlreich an dem roten Tag, welcher ebenfalls
 Sonntag, den 21. Juni stattfindet, zu beteiligen haben.

Die Unterbezirksleitung Griesgau
 S. A. Reimann

Achtung! Ortsgruppen des Unterbezirks Görtlich

Werte Genossen!

Wir müssen feststellen, daß noch nicht alle Ortsgruppen
 bis zum angegebenen Termin für den Monat Mai abgerechnet
 haben. Wir ersuchen daher, daß die Ortsgruppen dies so schnell
 wie möglich nachholen. Die Fragebogen und Abrechnungs-
 formulare können direkt an die Bezirksleitung gefordert werden.
 Das Geld geht an den Genossen Max Härtel, Görtlich
 Baugener Straße 64. Marken werden wie bisher bei der Be-
 zirksleitung angefordert.

Folgende Ortsgruppen besitzen noch Mitgliederbesammlun-
 gen ein:

- Görtlich. Freitag, den 19. Juni abends 7 Uhr Mitglieder-
 versammlung im „Fellenteiler“, Sonnenstraße.
- Benzig. Samstag, den 20. Juni, abends 7 Uhr Vorstand-
 sitzung; abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Parteifokal
 Bunzlau. Sonntag, den 21. Juni, vormittags 9 Uhr Mit-
 gliederversammlung im Parteifokal.
- Alt-Barta. Montag, den 22. Juni, abends 7 Uhr Vor-
 standssitzung; abends 8 Uhr Mitgliederversammlung.
- Klitten. Dienstag, den 23. Juni, abends 7 Uhr Vorstand-
 sitzung; abends 8 Uhr Mitgliederversammlung.
- Freiwaldau. Mittwoch, den 24. Juni, abends 7 Uhr Vor-
 standssitzung; abends 8 Uhr Mitgliederversammlung.
- Sielesfurt. Donnerstag, den 25. Juni, abends 7 Uhr
 Vorstandssitzung; abends 8 Uhr Mitgliederversammlung.

Tagesordnung ist folgende:

1. Die Lage in Deutschland, Aufgaben und Inhalt der
 Partei, Referent Genosse Pröbke. W
2. Organisatorisches.
3. Wahl der Delegierten zum Bezirks-Parteitag.
4. Anträge zum Parteitag und Beschiedenes.

Alle Genossen zur Stelle!
 Unterbezirksleitung Görtlich

Freie Turnerschaft Breslau

Kaffprogramm für Donnerstag, den 18. Juni.

- Ab nachmittags 5 Uhr im Eichenpark, Salswisch-
 von 5-6 Uhr Schülerhandballspiel.
- von 6-7 Uhr Männerhandballspiel.
- von 7 Uhr Freiwaltungen der Knaben anschließend Faust-
 und Kromballspiele der Frauen und Männer, Turnen an
 4 hohen Stufen, Sprungübungen, Freiwaltungen der Männer.
 Bei Dunkelheit Fackelzügen der Frauen und Männer.
 Ein Fackelzug findet nicht statt.

Jeder, der teilnehmen möchte, muß durch strenge Pünktlich-
 keit sein Interesse am Besten zeigen. Jeder steht eine Bier-
 stunde vor seiner Programmnummer dem Sportleiter zur Ver-
 fügung zur Verfügung. Die besten Turner stellen sich recht
 los dem Turngenossen Hoffmann ab 5 1/2 Uhr zum Ordnungs-
 dienst. Sämtliche Schüler sind ebenfalls möglichst zeitig im
 Eichenpark. Auftreten an den Freiwaltungen 1/2 Uhr an der
 Holzwerkstatt. Die handballspielenden Schüler treten um
 5 1/2 Uhr im Eichenpark an.

Ordnung aller Vereine.
 Alle Ordner, welche am Sonntag tätig waren, sind am
 Donnerstag ab 4 1/2 Uhr im Eichenpark zur weiteren Programm-
 abwicklung. Ansonsten anfragen. Meldung bei Turngenossen
 Hoffmann. Keiner fehlt.

Freitag abends spricht in den Zentralballfäden Genosse Rosenbergs